

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

3 (5.1.1925)

# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Musikstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.- M mit 90 3 ohne Zustellung. Einzelpreis 10 3. Samstags 15 3. - Anzeigen: die einspaltige Kolonelle 20 3. auswärts 25 3. Restanten 80 3. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpplin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. C. & C. e., sämtliche in Karlsruhe.

## Das Experiment des Kabinetts ohne Koalition

Berlin, 3. Jan. (Mittl.) Nach den Besprechungen mit den Führern der Reichstagsfraktionen hat der Reichstanzler dem Reichspräsidenten über das Ergebnis der Aussprache Bericht erstattet. Da nach der von den Fraktionen eingenommenen Haltung die Bildung einer auf parlamentarischer Mehrheit beruhenden Regierung nicht möglich ist, hat der Reichspräsident den Reichstanzler Dr. Marx beauftragt, eine der parlamentarischen Wege tragende Reichsregierung zu bilden. Reichstanzler Dr. Marx hat den Auftrag angenommen.

Der Reichstag wird also die bisher noch akute Regierungskrise nicht mehr vorfinden. Der Reichstanzler will das Wagnis unternehmen und ein sogenanntes „überparteiliches Kabinett“ bilden, das sich in der Hauptsache aus den bisherigen Ministern zusammensetzt, ohne aber wie bisher eine feste Anlehnung an die Fraktionen zu suchen. So wird neben Herrn Stresemann u. v. Herr Dr. Brauns wiederkehren. Auch die übrigen Ministerien bleiben mit Ausnahme des Reichsinnenministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums wie bisher besetzt, jedoch Dr. Marx ausschließlich für den als Oberbürgermeister in Duisburg in Betracht kommenden Dr. Jarrés und den bisherigen Reichswirtschaftsminister Dr. Hamn Ertrag suchen muß. Außerdem soll er beabsichtigen, bei dieser Gelegenheit das Reichsjustizministerium zu besetzen. Vorläufig sind bestimmte Persönlichkeiten nicht in Aussicht genommen, aber es scheint, daß der überparteiliche Charakter des in Wirklichkeit parlamentarisch gebundenen Kabinetts nach außen dadurch zum Ausdruck gebracht werden soll, daß die scheidenden Minister durch öffentlich unbestrittene Männer ersetzt werden. Mit der Suche nach diesen Persönlichkeiten hat es der Reichstanzler nicht eilig. Es erwartet, daß er vorläufig mit dem Kumpfabtritt vor dem Reichstag treten will und dort eine Regierungserklärung abgeben gedenkt, die sich in dem Rahmen der bisherigen Politik hält. Fraglich ist, ob diese Kumpfabregierung dann die Vertrauensfrage im positiven Sinne stellt, d. h. ob sie ein klares Vertrauensvotum verlangt oder ob sie sich mit einer Billigung ihrer Erklärung zufrieden gibt. Diese letzte Möglichkeit dürfte wahrscheinlich Wirklichkeit werden. Diese Wendung der Reichskrise läßt den Schluss zu, daß auch in Preußen vorläufig die jetzige Regierung bestehen bleibt. Nebenfalls beabsichtigt der preussische Ministerpräsident keinesfalls, am 5. Januar dem Landtag seine Demission zu überreichen. Er wird vielmehr nach der konstituierenden Sitzung des Preußenparlaments mit den Führern der Koalitionsparteien Fühlung nehmen und um Ausschluß über ihre Auffassung zur Vertrauensfrage ersuchen. Der weitere Verlauf der Dinge wird sich aus diesen Erklärungen ergeben.

Die Reichspresse erklärt bereits jetzt, noch bevor die Regierung fertig ist, daß sich die Deutschnationalen „auf eine Regierung mit wechselnden Mehrheiten von links oder rechts keinesfalls einlassen“. So sagt z. B. die „Kreuzzeitung“: „Ein solches Kabinett im Reichstag muß die Beseitigung der Severing-Koalition in Preußen zur Voraussetzung haben. Denn ein derartig schwaches Kabinettsmitglied trägt zur Stärkung Severings in Preußen bei.“ Die Sozialdemokratie hat es nicht so eilig wie die Rechten. Solange die Regierung nicht endgültig gebildet ist und bevor wir insbesondere nicht den Mann kennen, der im Reichsministerium des Innern die Republik verteidigen soll, haben wir keinen Anlaß, unsern

Standpunkt zu äußern. Borerst mag die Feststellung genügen, daß sich die Sozialdemokratie keineswegs mit einer Regierung abfinden wird, deren Zusammenlegung und Politik im Widerspruch zu dem Wahlergebnis vom 7. Dezember steht. Bekanntlich haben die Reichstagswahlen einen Zuwachs von mehr als 2 1/2 Millionen Stimmen für die verfassungstreuen Parteien ergeben. Schon der Versuch, sich über diese Tatsache hinwegzusetzen, wird die Sozialdemokratie zu einer Kampfstellung veranlassen, die dem ihr am 7. Dezember genährten Vertrauen voll und ganz entspricht.

Berlin, 5. Jan. (Eigener Funddienst.) In der heutigen Ausgabe des „Montag“ wird gemeldet, daß der Reichstanzler am Sonntag zwei den Deutschnationalen nahe stehende Persönlichkeiten empfangen und ihnen je ein Ministerium angeboten hat. Es soll sich um den Ministerialdirektor a. D. Neuhaus handeln, der angeblich das Wirtschaftsministerium übernehmen soll, und um den Vizepräsidenten von Arles, der als Innenminister in Aussicht genommen sei. Wir haben allen Anlaß, diese Information des „Lokalanzeiger-Blätters“ vorläufig nicht ernsthaft zu glauben. Richtig ist dagegen, daß der frühere Zugsminister Dr. Emminger auch in dem überparteilichen Kabinett die Zugsverwaltung übernehmen dürfte.

### Heute Reichstagsöffnung

Heute Montag tritt der neue Reichstag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Er dürfte sich am ersten Tage mit der Wahl des Alterspräsidenten und der Namenserklärung beschäftigen und wird wahrscheinlich erst nach einer kurzen Beratung die Wahl des Reichspräsidenten vornehmen. Das Zentrum und die Demokraten sowie ein Teil der Volkspartei sind bereit, den für die Präsidentschaft in Aussicht genommenen Kandidaten der Sozialdemokratie zu wählen. Damit dürfte die Wahl des Genossen Loebe als gesichert gelten.

### Auch Zutritt des preussischen Landtags

Berlin, 5. Jan. (Eigener Funddienst.) Heute tritt neben dem Reichstag auch der preussische Landtag zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Die preussische Regierung wird dem Landtag keine Demission einreichen, sondern zu der Vertrauensfrage überhaupt erst Stellung nehmen, nachdem der preussische Ministerpräsident mit den Führern der Koalitionsparteien Fühlung genommen hat. Inzwischen sagte die Fraktion der Volkspartei des preussischen Landtags folgenden Beschluß über ihre Haltung zur Regierungsbildung: Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat am Sonntag die politischen Fragen beraten und keine Veranlassung gefunden, ihren in ihrer ersten Sitzung am 18. Dezember 1924 vertretenen Standpunkt zu ändern, wonach sie ihre Politik im ersten Einvernehmen mit der Reichstagsfraktion zu führen gewillt ist. Im Verlaufe der Debatte konnte wieder einmal die volle Einmütigkeit der Fraktion festgestellt werden.

In sich läßt dieser Beschluß alle Möglichkeiten zur Regierungsbildung in Preußen offen. Der „Montag“ ein Ableger des „Lokalanzeiger“ erklärt zu der Entscheidung der Volkspartei: Die Entscheidung der Deutschen Volkspartei läßt deutlich erkennen, daß die preussische Landtagsfraktion den gleichen Weg zu gehen beabsichtigt wie die Reichstagsfraktion, d. h. daß sie auf eine bürgerliche Regierung hinarbeitet. Die tatsächlichen Mittel werden in dieser Entscheidung im Einzelnen nicht genannt. Dies geschieht offensichtlich aus dem Bestreben heraus, auf andere Parteien, besonders auf das Zentrum, Rücksicht zu nehmen. Die volksparteilichen Führer im Landtag wollen im Laufe des Montag zumächst mit den Führern des Zentrums Rücksprache nehmen, ehe man an weitere Besprechungen herangeht. Es kann aber wohl davon erinnert werden, daß die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei f. Z. die Gesamtdemission des Reichskabinetts herbeiführt hat, weil das Verbleiben volksparteilicher Minister in der Reichsregierung unmöglich geworden wäre. Man kann aufgrund der Entscheidung der volksparteilichen Preußenfraktion annehmen, daß die Dinge in Preußen jetzt den gleichen Weg gehen.

der deutschen Regierung eine zweite Note zu stellen, wenn der endgültige Bericht der internationalen Militärkontrollkommission vorliegt.

### Die Einigungsverhandlungen in Sachsen

Dresden, 5. Jan. (Eigener Funddienst.) Am Sonntag nachmittag tagten in Dresden die Landesinstanzen der sächsischen Partei. Sie beschäftigten sich mit den vom Parteivorstand vorgelegten Einigungsvorschlägen. Diese Vorschläge wurden jedoch als unannehmend abgelehnt. Eine weitere Entscheidung richtete sich gegen die Personalpolitik des Kabinetts selbst und betraf überhaupt von einem „reaktionären und antirepublikanischen Zuz.“

### Der deutsch-französische Handelsvertrag

Paris, 5. Jan. (Eigener Funddienst.) Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, denen demnach, wie bereits gemeldet, eine kritische Wendung droht, sind in den letzten Tagen fortgesetzt worden. Die französische Delegation hat am Samstag der deutschen Gegenseite den Entwurf eines provisorischen Modus vivendi-Abkommens überreicht, das am 10. Januar bis zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrags in Kraft treten soll, und in 43 Artikeln ein Uebergangsregime vorsieht.

## Reichstagsbeginn

Der zweite Reichstag der Deutschen Republik ist an seiner politischen Unfruchtbarkeit und an seiner Aktionsunfähigkeit zugrunde gegangen. Der dritte Reichstag, der heute nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammentritt, beginnt mit der Aktionsunfähigkeit. Aus diesem neugewählten Reichstag heraus ist nicht einmal eine Regierungsbildung möglich. Deutschnationale und Volksparteiler wollen den Bürgerblock, den aber gegenwärtig das Zentrum nicht will; die Sozialdemokratie ist für die Weimarer Koalition, die jedoch das Zentrum nicht mitmacht; die Große Koalition, die das Zentrum mitmachen würde, bei einigermaßen tragbaren Verhältnissen auch die Sozialdemokratie, will die Volkspartei wieder nicht; Zentrum, Volkspartei und Demokraten lassen sich ebenfalls nicht zusammen vor einen Wagen spannen; auch der Gedanke, auf der Grundlage des Zentrums und der Volkspartei die Kabinettsbildung zu versuchen, scheint aufgegeben zu sein. Die Folge dieses politisch-parlamentarischen Trauerspiels wird wahrscheinlich ein „überparteiliches“ Kabinett sein, mit Herrn Marx an der Spitze und einigen, den Deutschnationalen genehmen Persönlichkeiten im Gefolge.

Die Haltung der Sozialdemokratie zu einem solchen Kabinett wird von seiner Zusammensetzung und von dem abhängen, was ein solches Kabinett will und tut. Aber für unsern Teil möchten wir heute schon sagen, daß die Toleranz der Sozialdemokratie gegenüber einem „überparteilichen“ Kabinett nicht mehr eine solche weitherzige sein sollte, wie es schon der Fall gewesen ist. Die Sozialdemokratie ist bereit, mit der Verantwortung im Reich zu übernehmen; die Sozialdemokratie hat mehreren Kombinationen ihre Zustimmung gegeben, um eine den allgemeinen Interessen entsprechende Regierungsbildung zu ermöglichen. Ihr guter Wille ist bald bei der einen, bald bei einer anderen der bürgerlichen Parteien auf Ablehnung gestoßen. Es darf daher nicht eintreten, daß in spekulativer Hoffnung auf die wohlwollende Haltung der Sozialdemokratie unter der trügerischen Firma einer sogenannten überparteilichen Regierung, ausschließlich Politik gegen die Sozialdemokratie und gegen die erwerbstätigen Massen gemacht wird. Die vorhandene Bereitschaft der Sozialdemokratie, ein „überparteiliches“ Kabinett zu unterstützen, wenn die Taten des Kabinetts der Unterstützung wert sind, muß in konsequente Opposition umschlagen, falls die Handlungen dazu begründete Veranlassung geben.

Ausdrücklich sei auch hier mit aller Deutlichkeit gesagt, daß wir es für einen folgen schweren Fehler halten, daß es nicht gelungen ist, die Weimarer Koalition wieder herzustellen und mit einem aus ihr hervorgegangenen Kabinett den Reichstag vor die Entscheidung zu stellen. Wir bleiben bei unserer Auffassung, daß ein Kabinett der Weimarer Koalition, das kraftvoll geführt und im Anschluß an die Wahlen aus entschlußfreudiger Initiative gebildet worden wäre, im neuen Reichstag eine Mehrheit erhalten hätte. Wenn alle drei Parteien der ehemaligen Weimarer Koalition in aktionsfreudiger Energie an die Bildung eines republikanisch-demokratischen Kabinetts gegangen wären, mußte die Wirkung weit über ihre eigenen Wählermassen hinaus eine sehr vorteilhafte sein. Sowohl in der Deutschen Volkspartei wie in den kleinen Parteien hätten sich die zur Mehrheit noch erforderlichen Stimmen gefunden. Setzt freilich würde der Versuch mit der Weimarer Koalition großen Schwierigkeiten begegnen, nachdem das Zentrum derart versagt hat hinsichtlich der Weimarer Koalition. Die drei Parteien der Weimarer Verfassung haben den ihnen aufgezwungenen Kampf geführt unter der Parole für die Erhaltung der bestehenden Staatsform, als der für Deutschland jetzt einzig möglichen. Und darum erwuchs allen drei Parteien aus dem Wahlkampf und aus dem Wahlergebnis die Pflicht, bei der Regierungsbildung führend zu handeln.

Ein solch gemeinsames und entschlossenes Vorgehen wäre eine wirkliche Tat im Interesse Deutschlands gewesen. Daß sie nicht möglich geworden ist, halten wir für folgen schwer. Die Verantwortung dafür trägt das Zentrum. Ist der neue Reichstag hinsichtlich der Regierungsbildung schon von der ersten Stunde an aktionsunfähig, so darf man gespannt sein, wie sich seine gesetzgeberische Tätigkeit gestalten wird. Ob das Spiel mit den wechselnden Mehrheiten längere Zeit mit Erfolg gespielt werden kann? Dem neuen Reichstag erwachen schon aus seiner viel zu großen Mandatszahl allerlei Gefahren, wie sich sehr bald herausstellen wird. Der neue Reichstag wird ein schwächerer parlamentarischer Apparat werden, eine Redemühle, die laut und viel klappert, aber, so fürchten wir, wenig und wahrscheinlich nicht allzu gutes Mehl liefern wird. Die Sozialdemokratie wird jeden ehrlichen Versuch, das Reichsparlament arbeitsfähig zu gestalten, nach Kräften unterstützen; einem unfrucht-

## Heute Ueberweisung der alliierten Note

Paris, 4. Jan. Wie Savas aus Berlin berichtet, haben die alliierten Vorkämpfer heute vormittag den Text der Note bekommen, in der die Nichträumung der Kölner Zone angekündigt wird. Die Vorkämpfer sind heute nachmittag in der englischen Botschaft zu einer Beratung zusammengetreten. Die Ueberreichung der Note soll morgen, Montag, erfolgen. Der Text der Note wird am Dienstag vormittag gleichzeitig in allen alliierten Hauptstädten veröffentlicht werden.

Paris, 3. Jan. Savas meldet aus Brüssel: Bei Ueberreichung der Note an die deutsche Regierung am 5. L. in der die Nichträumung der Kölner Zone am 10. Januar notifiziert werde, werden die alliierten Regierungen der deutschen Regierung gleichzeitig zu wissen geben, daß sie später, das heißt nach Eingang des allgemeinen Berichts der Kontrollkommission, Deutschland eine zweite Note über die Entwaffnungsfrage Deutschlands überreichen werden.

Paris, 5. Jan. Wie Savas aus Berlin gemeldet wird, wird die Uebergabe der alliierten Note über die Kölner Zone heute mittag 12 1/2 Uhr erfolgen. Der englische Vorkämpfer wird dabei eine feierliche mündliche Erklärung abgeben. In der Mitteilung wird die Absicht der Mächte kundgegeben,

haren Reichstag muß sie den Kampf ansetzen und ihn auch durchführen.

Wahrscheinlich wird es notwendig werden, die Geschäftsordnung des Reichstags zu ändern. Ob die Kommunisten ihre ursprüngliche Absicht, schon die Eröffnung des Reichstags durch einen organisierten Aufruhr einzuleiten, in die Praxis umsetzen werden, sei ruhig abgewartet. Geschieht es aber, dann muß der Reichstag, will er nicht zum Kindergericht werden, in unbeeinträchtiger Entschlossenheit dem Spieß ein Ende machen und dafür Sorge tragen, daß er sich nicht wiederholen kann. Der Ausschluß bisartig reitender Abgeordneter auf ein halbes bis ein ganzes Jahr, der sofortige Entzug der Fahrgarten und der Entziehung der Kapitulanten vor ein paar wöchentlichen und kommunistischen Schreibern müssen aufhören, oder der Reichstag gibt sich selber auf. Dann aber sind der Diktatur die Wege geöffnet. Eine Diktatur ist schlimmer und sie würde wahrscheinlich erheblich schlimmer ausfallen, als die meisten Menschen sich heute träumen lassen, aber schlimmer als eine kraftlose und jämmerlich ängstliche Demokratie wäre sie weiß Gott auch nicht.

Der Sozialdemokratie werden im neuen Reichstage außerordentlich schwere Aufgaben erwischen. Ihre Stellung ist unter den gegebenen Verhältnissen wahrlich keine leichte. Die Sozialdemokratie wird auch an die Erfüllung der bevorstehenden Aufgaben herangeführt im vollen Bewußtsein der Verantwortung, die jede große Partei, die überhaupt jede Partei und jeder Abgeordnete gegenüber dem Staat und dem gesamten Volke zu tragen hat. Die Sozialdemokratie wird aber in erhöhtem Maße sich der ihr eigenen Aufgabe widmen müssen, die Interessen der Arbeiterklasse und der der Arbeiterklasse sozial gleichgestellten Bevölkerungsschichten zu vertreten. Damit diese Aufgabe erfolgreich erfüllt werden kann, ist die unerlässliche Solidarität der Massen notwendig, die im speziellen von der Sozialdemokratie im Parlament vertreten werden.

Vom neuen Reichstag ist mehr zu fürchten als von ihm Gutes zu erwarten steht. Die gesetzgeberischen Arbeiten, die seiner auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete haren, werden das leider beweisen. Die Tätigkeit des neuen Reichstags wird auch im günstigsten Falle gerade den Arbeitern zeigen, wie taufes die politische Führung und der organisatorische Ausbau betrieben werden muß, wie gemeiniglich Gleichgültigkeit und Lauheit sind.

### In der Angelegenheit der Preussischen Staatsbank

hat die Staatsanwaltschaft weitere Verhaftungen vorgenommen. Sie erstreckten sich im großen und ganzen auf Personen, die untergeordnete Stellen bekleiden. Es ist wohl auch mit deren baldiger Freilassung zu rechnen. Man kann den Eindruck nicht los werden, daß die Staatsanwaltschaft die ganze Aktion mit reichlichem Tamtam ins Leben setzt. Ob das der Ermittlung der ganzen Angelegenheit förderlich ist, dürfte zu bezweifeln sein. Wie sind der Auffassung, daß die Staatsanwaltschaft, die bisher eine präzis und genaue Unterrichtung der Öffentlichkeit abgibt, hat, zu wußig auf das von gewissen Kreisen angedehnte Material einzugehen, die das Bestehen haben, die ganze Angelegenheit zu einer Angelegenheit verschiedener politischer Parteien zu machen. So stand der Barmat-Konkern, von dem nachgewiesen ist, daß er seine Verbindung mit dem Kautzler-Konkern hatte, u. a. mit Angehörigen der sozialdemokratischen und der Zentrumspartei in Verbindung. Grund genug, für die Rechtspreß, die ganze Staatsanwaltschaft der Sozialdemokratie an die Nase zu hängen zu wollen. Wenn nun Barmat, der persönliche Beziehungen zu einigen Sozialdemokraten unterhielt, in seinen Kreditgeschäften schuldig ist, wenn er sich gegen das Strafgesetzbuch vergränzt hat, so ist es natürlich, daß er der Bestrafung ausgesetzt werden muß. Die Sozialdemokratie als Partei lehnt jedoch jede Verantwortung für die Gebirde Barmat ab.

Es ist bekannt, daß die Kreditgewährung der Seehandlung im engen Zusammenhang mit gewissen Hemmungen steht, die die Seehandlung im Verhältnis zum Bankwesen des vorigen Jahres gefunden hatte. Wenn die augenblicklich stehende Angelegenheit eine politische Seite hat, dann liegt sie eben in der notwendigen Feststellung, wie weit die verhafteten Beamten der Staatsbank in dieser Richtung tätig waren. Das Leute wie Kautzler usw. als Kaufleute Geld nahmen, wo sie es bekommen konnten, und mehr auf Geld als auf korrekter Dedung sahen, ist selbstverständlich. Ähnliches könnte man andern Firmen wie dem Sines-Konzern auch nachweisen.

Dafür handelt es sich eben um Leute, die die Seehandlung hätten kennen müssen, wie andere Leute sie kannten. Das aber die Seehandlung aus irgendwelchen Motiven heraus den Kreditnehmern in einem Maße entgegenkam, das eben der Staatsanwaltschaft Grund zu seinen gegenwärtigen Ermittlungen gab, beweist am schlagendsten, daß wir es bei dem jetzt aufgedeckten Panama mit einer Wäre der preussischen Staatsbank zu tun haben. Der gegenwärtige Präsident Dr. Schröder erwidert sich damit, daß er nicht Präsident war, als die Kredite gegeben wurden, während der volksparteiliche Finanzminister v. Richter und der frühere Staatsbankpräsident v. Dombois behaupten, von diesen Krediten völlig überrascht worden zu sein. Uns sind diese Erklärungen unbeeindruckt! Die finanzielle Lage nach der Einführung der Rentenmark war doch so, daß von den führenden und überwachenden Stellen der Staatsbank doppelte Kontrolle nötig war und im Falle des Präsidenten Schröder, wenn die Kredite auch nicht zu seiner Zeit gegeben worden sind, sie doch immerhin liefen. Versteht man damit das Vorgehen gegen den Präsidenten der Thüringischen Staatsbank, den Sozialdemokraten Koch, so muß man die Haltung der Staatsanwaltschaft gegenüber den genannten Personen immerhin sehr maßvoll nennen.

Berlin, 3. Jan. Eine bisher noch unbekanntene Zeitungskorrespondenz berichtet zum Fall Kautzler-Barmat eine Resolution des Reichspräsidenten Ebert habe Barmat durch Empfehlung Warmeladeinsfuhr aus Holland verschafft und in dem angeblichen Privatbüro des Reichspräsidenten seien im Jahre 1919 mit Barmat monopolartige Verträge über die Einfuhr von Ketten unter Befreiung des Prozentzolls für die sozialdemokratische Partei abgeschlossen worden.

Diese Mitteilung ist, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, frei erfunden. Weder hat der Reichspräsident einem Herrn Barmat jemals eine Empfehlung für die Erlangung der Warmeladeinsfuhr ausgestellt, noch sind in einem Privatbüro des Reichspräsidenten (ein solches existierte niemals) oder im Büro des Reichspräsidenten mit Barmat irgendwelche Verträge abgeschlossen oder Abmachungen getroffen worden.

### Reichspräsident Ebert im Kampf wider Lüge und Verleumdung

Von Dr. A. Kuntze, Tübingen

Das Magdeburger Urteil, das, an sich schon schändlich genug, durch seine Begründung noch ein auf die schändliche Art und Weise, hat die ganze Welt aufhorchen lassen und im In- und Ausland die Frage aufgeworfen: Wie war so etwas überhaupt möglich? Wie konnte es im lebenden Jahre der deutschen Republik geschehen, daß irgend ein zerbettendes Schöpfungsgeschicht angeblich gegen einen höchst abstrusen Versuch verhandelte, in Wahrheit jedoch sich vermaß, mit Hilfe gekaufter Subjekte Ehre und Ruf des obersten Repräsentanten der Republik anzutasten? Wozu diese Aufmachung und dieser Apparat? Ein Bild in die rechtsstehende und jenen. neutrale Presse gibt die Antwort: Der Magdeburger Prozeß stellt die erste Etappe im Kampf gegen die immerhin mögliche Wiederwahl Eberts zum Reichspräsidenten dar. Nur noch wenige Monate trennen uns vom Wahltermin; also gilt es, mit erlaubten und unerlaubten Mitteln gegen die Person des Reichspräsidenten Sturm zu laufen. Helf, was helfen mag!

Wer über dieses uralte Motiv des Prozesses noch irgendeine im Zweifel war, den hat die schändliche Art und Weise, wie in gewissen Blättern darüber berichtet wurde, längst eines besseren belehrt. Der fälschliche Zusammenbruch der jenen. Beschlüsse wurde geflissentlich verschwiegen — das hat sogar ein volksparteiliche Reichstagsabgeordneter schäufelnd für nötig gehalten. Ein ausgemachter Schurke wie der „Zeuge“ Göbert wird vom „Magdeburger Tagblatt“ ein schlichter Mann aus dem Volk“ genannt und kommt in der Berichterstattung ausführlich zu Wort. Dafür unterschlägt beispielsweise die „Preussische Zeitung“ den ihr vom Wolff-Büro übermittelten Satz, wo von Eberts zwei gefallenen Söhnen die Rede ist, und alle jene Stellen, wo der damalige Abg. Ebert seinen Standpunkt der Notwendigkeit der Landesverleumdung betont. Das von einer solchen moralischen Verleumdung der deutschen nationalen Presse alle anständig denkenden Menschen weit abdrillen, versteht sich von selbst. Aber die abgemeinten Kummen sind für die Reichspolitiker Ehrenmänner, sofern sie nur Waffen gegen den ihnen verhassten Reichspräsidenten liefern.

Auch die jenen. „neutrale“ Presse stimmt in diese Weisen der Verleumdung mitunter kräftig ein. Das „Karlshorner Tagblatt“ hat in seinen Berichten mit wahrer Wonne alle Stellen fett oder geperrt gedruckt, die, aus dem Zusammenhang gerissen, und entpöndend aufgeführt, den Reichspräsidenten irgendeine in unangenehm nicht erscheinen ließen. Die Heberchrift am 10. Dezember — um nur eines herauszugreifen — verkündete fett: „Ebert im Jahre 1918: Greif, verflucht im Bericht selbst hält es die Redaktion obermals für nötig, die betreffenden Stellen in der Ausgabe des „Zeugen“ Eyrid einzurücken und durch Fettdruck hervorzuheben.

Gegen eine solche Schulterspolitik der angeblich neutralen in Wahrheit aber antirepublikanischen und antidemokratischen Presse haben sich glücklicherweise nicht nur Zeitungen und Blätter der drei Koalitionsparteien, sondern auch volksparteiliche Blätter wie die „Königliche Zeitung“ und Männer wie der volksparteiliche Professor der Rechtswissenschaft Dr. Kahl in Berlin erklärt. Wenn gerade letzterer dem Reichspräsidenten mit dem ihn gewiß innerlich Gemeinschaft der politischen oder religiösen Anschauung vermischt, nachträglich, er habe „seine Vaterlandstreue durch verächtlich heillosen Döner besetzt, und seine bejammerte Pflicht bis zum letzten erfüllt, so stimmt das schon wesentlich anders als die armenischen Verleumdungsstücke und Anobeldungen von Leuten, denen jede Gelegenheit gut genug scheint, dem politischen Gegner eines anzuhängen.

Der Spruch des Gerichts selbst kann nicht übersehen werden. Das in dem Urteil Recht gesprochen wird, könnte niemand behaupten. Richter des Freistaates, die es unternehmen, das Oberhaupt des Staates rüddlings infamieren zu wollen, in kamieren sich selbst“, hat Landesgerichtsdirektor Kroner in der „Post. 31.“ geschrieben und damit seinen Magdeburger Kollegen befehlen, daß „unser Richterstand längst nicht mehr auf seiner alten fowerdigen Höhe steht“. Diese jämmerliche Paragrafenerei, hinter deren unaufrichtigen formalistischen Schuttschirm ein kaum verklärter Heinföcher das gegen die Republik und ihren Repräsentanten sich verhält, läßt tatsächlich — nicht zum erstenmal — den Gedanken aufkommen, die Unabsetzbarkeit der Richter zeitweilig aufzuheben. Was die französische Republik Anfangs der achtziger Jahre — sicherlich nur schweren Herzens — tat, um in ihrem Kampf mit den monarchistischen Paragrafenhütern hinter dem Rücken zu werden, das wird schließlich auch der deutschen Republik noch einmal nicht erspart bleiben. Wer aus der Geschichte weiß, weiß bestimmte Wirkung die bloße Verleumdung dieser außerordentlichen Maßnahme in Frankreich seinerzeit ausgeübt hat, und wer sich noch der schicksalsschweren Tage nach Rathenau's Ermordung erinnert, wo die gleiche Frage ernsthaft debattiert wurde, der wird angedächts des neuesten Streiches der Frau Justitia in Magdeburg keinen Zweifel daran hegen, daß über kurz oder lang, auch wenn durch alle Bürokratenwölfe ins Wackeln geraten mögen, eine solche Maßnahme sehr wohl erwohnen werden muß.

Es ist die Magdeburger Schande nicht allein, die dazu aufmuntert, „Auslese unter den Juristen der Republik zu halten“, wie unlängst eine nichtsozialistische Zeitung schrieb. Man braucht nur an das amstetel Maß zu denken, womit gegen links und rechts gemessen wird, an die geringen Geldstrafen, mit denen Belidsamann linksstehender Politiker (Secorins) geahndet werden, und das rigorose Vorgehen, wie es gegenüber Kommunisten oder selbst Demokraten und Sozialdemokraten von den Gerichten der deutschen Republik befohlen wird. Unsurrohe Gutmütigkeit ist hier weiß Gott nicht am Platz, weil die Grenze, wo sie in Schlappheit übergeht, nur zu leicht überschritten werden kann.

Der Mann aber, der heute an der Spitze der deutschen Republik steht und dem der fanatische Maß aller Herer gilt, die um verlorene Vorteile jammern, hat es nicht nötig, solche Fanfaren abzumachen. Der wahrhaft vaterländische Geist, den sein Brief an den Saab draußen atmet, die Worte Hindenburgs, der ihm in seinem Wirken fürs Vaterland alle Unterstützung zulaßt, nicht zuletzt der Umstand, daß Präsident Ebert einer der Wenigen ist, die nach dem Zusammenbruch dem deutschen Volk wieder etwas Licht in der Welt erworben haben, das alles und noch vieles andere weist schwerer als die hohle Verunglimpfungsbühnen und unbewusster Berufsdenunzianten. Jeden Deutschen, der noch Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, erfüllt eine Geruattung darüber, daß dieser einfache Mann, dem an der Wiege wahrlich nichts von solchem Aufstiege geklungen ward, sein Amt mit einer Klugheit und Würde geführt hat, die so manches gekrönte Haupt beschämt. Wenn ein „Landesverleuder“ so aussieht, dann darf das deutsche Volk auf diesen Landesverleuder stolz sein und sich nur wünschen, recht viele solcher Männer sein einen zu nennen.

### Keine Experimente

Unter der Heberchrift „Keine Experimente“ wendet sich die „Königliche Volkszeitung“ gegen die von der Deutschen Volkspartei alsbald nach dem Wahltag angekündigten Entwürfe, die sich mit der Reichsfrage und dem Artikel 18 der Reichsverfassung beschäftigen. Die „Königliche Volkszeitung“ erinnert daran, daß der Artikel 18 ein Kompromiß war, der die endgültige Lösung der durch die Katastrophe des Bismarckschen Baues aufgeworfene Frage nach dem inneren Aufbau des Reiches aus den Schwierigkeiten der natollen Gegenwart ausschaltete und einer späteren Klärung und Entwicklung übertrug. Das Blatt befreit, daß es gegenwärtig überhaupt möglich wäre, die durch Artikel 18 offenehaltene Möglichkeit, Wünsche und Forderungen großer Teile unseres Volkes auf einem verfassungsmäßig geordneten Wege zur Klärung und Befriedigung zu bringen, ohne dadurch die Gesamtheit der Probleme aufs neue, und zwar in schärferer und gefahrvollerer Form, aufzurollen. Dieser Artikel 18 — so schreibt das Blatt mündlich — mag seine ideale Lösung darstellen, aber er bedeutet uns vor allem die verfassungsmäßige Anerkennung, daß mit der kleindeutschen Lösung von 1866 nicht alle Dinge und aller politische Weisheit letzter Schluss aedeben ist, daß vielmehr die neue Lage unseres Volkes und der berechtigten Drang nach wirklicher Einheit auch mit denen, die heute gegenwärtig Nachanspruch draußen stehen läßt, die großdeutsche Frage aufs neue aufzurollen hat und einmal zur Lösung führen muß. Hätte man von Artikel 18, Hätte man von Trisäpeln verfassungspolitische Probleme, die noch lange nicht reif sind.

### Kommunistische Silberverküferei

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben: Die Kommunistische Partei des Saargebietes ist bekanntlich als Folge der Ausschüsse, die die Zentrale von oben verläßt hat, in zwei Teile auseinandergefallen. Die Zahl der Ausschüsse ist in der Tat inzwischen größer geworden als die der Getreuen der Zentrale. Wie es in der Partei des Saargebietes zugeht, zeigt eine Verammlung, die am vergangenen Mittwoch in Anwesenheit eines Vertreters der Ludwigsbafener Bezirksleitung in der kommunistischen Hochburg des Saargebietes, in Ludwigs, stattfand. Diese Parteiverammlung ariete zu einer wüsten Silberverküferei aus, indem es wüsten der Opposition, die sich um die Ausschüsse gruppiert, und der Bezirksleitung mit ihren Anhängern zu einer großen Schlägerei kam. Der Vertreter der Bezirksleitung und die Führer der kommunistischen Partei des Saargebietes sind dabei so verprügelt worden, daß sie im Krankenhaus aufgenommen werden mußten. Auch sechs Renoloverkäfte wurden in der Verammlung abgebehen, durch die einige Frauen, zum Glück unafählich, verletzt wurden.

### Interkommunale Verkehrsstraßen

Die Entwicklung des Automobilwesens bringt in letzter Zeit eine vollständige Veränderung unserer ganzen Verkehrsverhältnisse mit sich. Heutzutage kommt das darin zum Ausdruck, daß alle deutschen Großstädte dazu übergehen, durch Erlass von Verkehrsverbänden der wachsenden Schwierigkeiten des großstädtischen Verkehrs Herr zu werden. Die Verkehrsverbände, die Straßenbahnen, Autobusse und Untergrundbahnen, bedingten zwar immer noch über 90 Prozent des eigentlichen Verkehrs und an diesen Zahlen wird sich auch in absehbarer Zeit kaum etwas ändern. Die Schwierigkeiten entstehen aber dadurch, daß die Straßen viel mehr als früher von Privat- und Lastautos benutzt werden. Diese Entwicklung bedeutet zugleich eine lebhaftere Konkurrenz für die Eisenbahn, deren Rolle als Hauptverkehrsvermittlung im interstadialen Verkehr, namentlich in großen Industriestädten, gegenüber den Lastautos herab sinkt.

Die Folge dieser Entwicklung ist, daß in den großen Industriegebieten, zunächst in Rheinland-Westfalen, sehr bald auch in Sachsen und zwischen den Großstädten, der Landstrafensbau eine ganz andere Bedeutung gewinnt als vorher. Schon vor dem Kriege begann die Entwicklung, in der die Provinzen und Kreise sich wieder erneut dem Straßenbau zuwenden. Das künftige Tempo, das aber jetzt der Automobilverkehr in Deutschland aufweist, gewinnt dazu, ganz neue Wege zu gehen. Auf der Zogebordnung der nächsten Jahre wird für einen großen Teil der deutschen Gemeinden und Städte die Frage stehen, ob für den Automobilverkehr Spezialstraßen, gemäßigten Land- und Verkehrsstraßen erster Ordnung, geschaffen werden müssen. Vorbildlich ist hierfür Amerika, dessen jährliche Ausgaben für Spezialautomobilstraßen heute bereits in hunderte von Millionen Dollars gehen, nach deutschem Maß also Milliardenbeträge ausmachen. Es ist eine der dringendsten Aufgaben der deutschen Kommunalpolitik, ein planmäßiges Vorgehen aller Selbstverwaltungsorgane in dieser Frage möglichst schnellmöglich herbeizuführen und die finanziellen Vorfragen dafür zu lösen.

Amerika finanziert diese Straßenbauten ausschließlich aus besonderen Abgaben, die auf die Automobile gelegt werden und die nur für den Straßenbau verwendet werden dürfen. Maßgeblich wird auch Deutschland einen ähnlichen Weg gehen müssen. Es wird sich dabei sehr bald herausstellen, daß ein zusammenhängendes großer Gemeinden und Städte mit den Kreisen und auch Provinzialverwaltungen unbedingt notwendig ist. In Industriegebieten wird die jetzt schon starke und gesunde Eingemeindungstendenz durch diese neue Aufgabenstellung eine weitere Stärkung erhalten. Sichtlich wie die Gemeinden sich auf dem Gebiete der Ferngasversorgung und für die Elektrifizierung zusammenzuschließen, wird man auch für den Straßenbau Zweckgemeinschaften bilden müssen.

Diese Entwicklung ist unermesslich, wenn Deutschland seine Konkurrenzfähigkeit als Industrieland aufrechterhalten will. Die Sozialdemokratie wird deshalb überall an der Durchführung dieser Aufgaben intensio mitarbeiten müssen. Sie wird ein um so höheres Interesse für diese Dinge entwickeln, als damit zugleich bei energielosen Zustufen auch Erledigungs- und Wohnungsfragen in einem für die Arbeiterklasse günstigen Sinne beeinflusst werden können. Für lange Zeit gibt es in Deutschland nur den Wohnungsbau aus staatlichen und gemeindlichen Mitteln und unter staatlichem und gemeindlichen Einfluß auf Art und Ort der Wohnbauten. Bei der Projektierung neuer Verkehrsstraßen für den Automobilverkehr werden diese Dinge in den Industriebezirken aufgeweckt werden können. Auch diese Entwicklung wird dazu beitragen, daß die Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Parteien, die das Tätigkeitsgebiet der Gemeinde immer wieder einschränken wollen, sich nicht durchzusetzen vermag.

### Soziales

#### Die Leistungen der Volksfürsorge

Die seit Einführung der Rentenversicherung an die Hinterbliebenen der verstorbenen Beschäftigten ausgezahlten Summen sind im Oktober auf den Betrag von 588 496,21 Mark anwachsen.

### Aus dem Freistaat Baden Nationalistischer Angriff auf den Staatspräsidenten

Beim Neujahrsempfang hat der derzeitige badische Staatspräsident, Herr Dr. Hellpach, eine politisch klug und tatkraftvoll abgemessene, von republikanischen und demokratischen Empfindungen getragene Ansprache gehalten. Es war vorauszusetzen, daß er bewegend von dem Organ für nationalpolitische Volks- und Völkerverberung, dem „Karlsruher Tagblatt“ angegriffen werden wird. Jeder sichtbare Beweis für politische Einsicht und für republikanisch-demokratische Auffassung, bringt das Organ für die deutsche Kommunistenpolitik in Karlsruhe. Herrn Dr. Hellpach wird vorgeworfen, er habe am Neujahrstage weniger als Staatspräsident, vielmehr als Parteimann gesprochen. Soll der Demokrat und Republikaner Hellpach seine demokratische und republikanische Überzeugung in einer offiziellen Rede etwa darum verleugnen, damit er in einem Walle, das das militäristisch-monarchistische staatsführende Treiben täglich begünstigt, eine gute Note erhält? Das wäre uns ein schöner Demokrat und Republikaner. Und ganz selbstverständlich ist es, daß bei jedem christlichen Mann in einer politischen Rede auch die Auffassung zum Ausdruck kommt, die er sich in politischen Fragen gebildet hat. Ein Monarchist als Staatspräsident wird naturgemäß monarchistische Gedankengänge bei einer solchen Gelegenheit zum Ausdruck bringen, ein Demokrat und Republikaner demokratisch-republikanische. Es ist planlos Unfug und außerdem widerliche Heuchelei, von einer politischen Persönlichkeit verlangen zu wollen, sie müsse in einer politischen Rede bei einem politisch-republikanischen Anlaß verleugnen, was sie ist. Herr Dr. Hellpach hat das nicht getan und das war richtig gebildet. Wir haben in den letzten Jahren in Deutschland vielfach darunter zu leiden gehabt, daß aus gut gemeinter Rücksichtnahme manche Vertreter der republikanischen Demokratie glaubten, bei offiziellen Gelegenheiten nach dem Liede handeln zu müssen: „Nur stille, nur stille, und kein Geräusch gemacht.“

Das „Karlsruher Tagblatt“ hat aber in der Rede des Staatspräsidenten ein noch größeres „Vergehen“ entdeckt: Herr Dr. Hellpach hat es nämlich unterlassen, über das Vorgehen der Entente in der Frage der Räumung der Rheinzone seine eigene Ansicht zu äußern, wie sie unsere Nationalisten zu hören wünschen. Der Reichspräsident und der Reichskanzler werden Herrn Dr. Hellpach, zu dem Zweck der Hehe gegen ihn, als Muster vorgehalten. Sowohl der Reichspräsident wie der Reichskanzler waren die amtlich dazu berechtigten Männer, die in einer politischen Ansprache die Räumungsfrage kritisch behandeln mußten. Wenn diese beiden Männer, die eine als der Repräsentant des Reichs, der andere als der für die Führung der Reichspolitik verantwortliche Staatsmann gegen eine gegen das Reich und das gesamte deutsche Volk gerichteten Maßregel der Entente scharf Einspruch erhoben, so war das richtig, notwendig, also geboten. Der badische Staatspräsident wird in seiner Beurteilung des Vorgehens der Entente sich nicht im geringsten vom Reichspräsidenten und Reichskanzler unterscheiden, aber wenn er in gebotener Zurückhaltung sich äußert hat, so war das politisch und taktisch klug gebandelt. Wenn ausgerechnet das „Karlsruher Tagblatt“ glaubt, schäufeln zu können, das badische Volk siehe in diesem Falle nicht hinter dem Staatspräsidenten, so ist das eine dumme, freche Aufschneiderei. Die überwältigende Mehrheit des badischen Volkes steht nicht hinter den Parteien und Tendenzen, die durch das „K. T.“ vertreten werden, und diese Volksmehrheit weiß, abgesehen von politischen Handeln der für die badische Politik verantwortlichen Männer verständnisvoll zu beurteilen. Im übrigen: wenn, was hoffentlich niemals wieder eintritt, Karlsruhe plötzlich wieder vor die Gefahr der Besetzung gestellt werden würde, verstimmt das nationalpolitische Hejoran in der Rittersstraße ebenso plötzlich, wie wir es ja schon erlebt haben. Es dürfte ja noch in Erinnerung sein, wie kleinlaut das „K. T.“ und die „Badische Presse“ innerhalb weniger Stunden geworden sind, als im Kampfe vorübergehend die Befehle der badischen Landesoberbehörde befürchtet worden ist. Rest, wo momentan keine Gefahr droht, wird das Mundwerk wieder sperrangelweit aufgerissen gegen Frankreich.

### Der Schwärmer für den Bürgerblut in Baden

Der geschäftstriebe Chefredakteur Schneider von der „Badischen Presse“, erhält von dem Zentrumorgan in Konstanz, der „Deutschen Wodenzeitung“, einen wohlbedachten politischen Ratenscheit. In einer, übrigens für die Stellungnahme des Zentrums zu den badischen Fragen beachtlichen Fufchrift aus Karlsruhe wird hinsichtlich der Vereinnahmung der Deutschen Volkspartei (Fraktion Weber des badischen Landtages) gefaßt:

Der Chef-Redakteur Schneider hat die Sache so plump und tollkühn angefaßt, daß nur ein großes Baden durch die Reden der politischen Führer Baden ging. Der Mann, welcher im „Samstag“ zum Kampf gegen das Zentrum und zur Bildung eines Bürgerbluts in Baden aufgerufen hat, eignet sich recht wenig zum Verhandlungsführer mit dem Zentrum.

So gehts, wenn man leidlich im Streikmannischen Auftrag einmal in badischer Politik machen will, und im übrigen nichts davon versteht. Das ist ja das Typische im liberalen Wälderwald der badischen Landeshaushalts, daß sowohl Schneider wie v. Laer vom „Karlsruher Tagblatt“ ausschließlich auf deutsche Politik eingestellt sind und sich anmaßen, große Blätter in Baden redigieren zu können. Jedenfalls hat sich die Fraktion Weber selbst den schlechtesten Dienst erwiesen, als sie einen Schneider beauftragte, ihre Vereinnahmung, in die badische Regierung einzutreten, aufs neue zu betonen.

### Fort mit dem Unfug von Daß und Bisum

Von Dr. A. Kuchemüller-Triberg  
Die unübersehbare Materie, die das Schreckgespenst der Wälder mit ihren vielen Kullen um Deutschland aufgerichtet hatte, ist seit der Schöpfung und Stabilisierung der Renten- und Reichsrente glücklicherweise wieder eingestiegen worden. Seit dem letzten Frühling hat der internationale Reiseverkehr langsam zugenommen und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird der kommende Sommer einen weiteren Aufstieg in dieser Richtung bringen. Leider hat man bei allem sonstigen „Abbau“ der letzten, einige der lästigsten Kriegererzeugnisse „abzubauen“, und insbesondere bis heute dem internationalen Verkehr Kesseln beifügen, ohne deren Beseitigung er niemals zum vollen Aufblühen werden könnte. Der Daß- und Bisumzwang ist bis heute

aufrechterhalten geblieben, und keine Macht der Welt hat es bislang in Deutschland fertiggebracht, das Scheusal in die Volksschlucht zu werfen und uns von diesem Erzeugnis endgültig bürokratischen Geistes endlich zu befreien.

Man braucht gar nicht erst in die Vorkriegszeit zurückzugehen, um nachzuweisen, daß es auch ohne solche Scherereien geht. Obgleich, damals benötigte man eines Rufes in Mitteleuropa überhaupt nicht und eines Rufes höchstens auf Reisen nach der Türkei. Der unglückselige Krieg ließ den großen internationalen Verkehr gänzlich einfallen, und man kann es schließlich bezeugen, daß nach einem solchen furchtbaren Ereignis nicht gleich wieder der alte Zustand gegenseitigen Vertrauens und Verkehrs wiederhergestellt war. Immerhin, die Anfänge sind auch hier längst wieder gemacht, leider nur nicht in Deutschland.

Unsere schweizerische Nachbarrpublik, die für Auslandsreisen Deutscher mit einer ersten Stelle steht, hat es beispielsweise verstanden, mit einer ganzen Reihe fremder Länder die Aufhebung des Rufes zu vereinbaren: Reisende aus Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland, Skandinavien, Spanien, ja sogar aus Amerika, China und Japan, die in die Schweiz fahren, brauchen ihren Paß nicht mehr visieren zu lassen, und umgekehrt natürlich desgleichen. Damit sparen sie unendliche Schilane, Zeitverluste und Kosten, was auf die Reisefreudigkeit und den Verkehr zweifellos von großem fördernden Einfluß ist. Warum geht es dort und warum nicht auch im Verkehr mit Bürokritikern nicht, wenn die Götter und St. Bürokritikern heute liegen, bedeutet der Rufzwang auf beiden Seiten nur noch eine Gebührenerlei, verbunden mit recht viel Ärger für den Reisenden. Alle anderen Gründe, die sonst noch offiziell und offiziös dafür ins Feld geführt werden, sind Vorwände. Spitzbüben und Schieber kommen auch so herein und heraus, das hat die Kriegs- und Nachkriegszeit zur Genüge bewiesen. Aber die Konsulate haben durch die Einführung des Rufes allenthalben eine geldbringende Nebenbeschäftigung bekommen, die sich mehr als bezahlt macht und die „man“ deshalb solange als möglich beibehalten will. Ob darunter der internationale Verkehr leidet, ob Ein- und Ausfuhr dadurch nicht hochkommen kann, das ist der heiligen Bürokritikern nicht; er würde auch eine dingeisige Materie um Deutschland gutgehen, wenn sie nur Geld brächte.

So wie die Verhältnisse heute liegen, bedeutet der Rufzwang auf beiden Seiten nur noch eine Gebührenerlei, verbunden mit recht viel Ärger für den Reisenden. Alle anderen Gründe, die sonst noch offiziell und offiziös dafür ins Feld geführt werden, sind Vorwände. Spitzbüben und Schieber kommen auch so herein und heraus, das hat die Kriegs- und Nachkriegszeit zur Genüge bewiesen. Aber die Konsulate haben durch die Einführung des Rufes allenthalben eine geldbringende Nebenbeschäftigung bekommen, die sich mehr als bezahlt macht und die „man“ deshalb solange als möglich beibehalten will. Ob darunter der internationale Verkehr leidet, ob Ein- und Ausfuhr dadurch nicht hochkommen kann, das ist der heiligen Bürokritikern nicht; er würde auch eine dingeisige Materie um Deutschland gutgehen, wenn sie nur Geld brächte.

Seit Baden und Württemberg die fünfjährige Sommerferienplan herantreiben, finden in- und außerhals Deutschlands Konferenzen statt, die den im Sommer zu erwartenden gesteigerten Verkehr zu bedienen suchen. Große internationale Schnellzüge mit durchlaufenden Wagen Berlin-Rom, Amsterdam-Genua, Paris-Budapest, werden durch unser heidisches Land fahren. Was nützen all diese Verkehrsvereinfachungen, wenn alle Verkehrsvereinfachungen auf der einen Seite bestehen bleiben? Was nützen die Wagenführer an den durchlaufenden Wagen, wenn die Reisenden an der Grenze trotzdem aussteigen und in irgendeinem Bretterverbot Paß und Visum drüben lassen müssen? Ist die Bürokratie wirklich stärker als Wirtschaft und Verkehr?

Ein kleiner, ganz kleiner Anfang wird in diesen Tagen gemacht: Mit Neujahr fällt der sogenannte Unbedenklichkeitsvermerk, der bislang vom Finanzamt ausgestellt werden mußte. Dieser Fortschritt soll gleich nicht verkümmert werden, aber er bedeutet doch nur einen bescheidenen Anfang. Wird man auf dem also begangenen Weg nun auch fortfahren und dem Rufzwang gütliche gehen, um später auch den Paßzwang wieder abzubauen?

Es wird Sache der Verkehrsvereine, Handelskammern und aller Wirtschaftskreise sein, bei jeder Gelegenheit die Befreiung des Paß- und Visumzwangs zu fordern, wie dies auch bisher schon geschehen ist. Dieser Kampf heißt den Stein, wenn das Verlangen darnach immer wieder gestellt wird, dann werden wir den ganzen Unfug - wollen wir anderen Ländern gegenüber nicht völlig ins Hintertreffen geraten - hoffentlich recht bald loswerden. Paß und Visum sind Unfug und Unfug geworden; also fort damit!

### Gemeindepolitik

#### Das nennt man Entkommunifizierung

Die letzte Bezirksversammlung des Bezirks Schönbergsrieden verhandelte über die Vernechtung der Müllverbrennungsanstalt an eine Privatgesellschaft, und zwar der „Müll“ auf 30 Jahre. Wohl selten ist ein Vertrag so leichtfertig aufgestellt als wie der zwischen der Müllverbrennungs- und dem Bezirksamt Schönberg. Das kommunale Bezirksamt hat ganz vergessen, in den Vertrag das Sinecurebringen, wozu es so häufig und so gern spricht, die wohnortbezogene Rechte. In der hiesigen Müllabfuhr sind eine ganze Anzahl von hiesigen Arbeitern beschäftigt, die sehr zahlreich und weit darüber bei der Gemeinde angesetzt sind und denen auf Grund ihrer Mantelrechte auf Ruhegehälter und Witwenversorgung zu stehen. Nicht einmal diese wohnortbezogenen Rechte sollen den Arbeitern gewahrt bleiben, die Gesellschaft hat nur die Verpflichtung, die Arbeiter und Angestellten zu übernehmen. Eine Sicherung dafür, daß sie nie ohne weiteres entlassen kann, ist in dem Vertrag nicht vorgesehen.

Die Stadt Schönberg hat nach diesem Vertrag den ganzen Automobilmarkt sowie alle Gegenstände zur Müllverbrennung an die „Müll“ zu überlassen, und zwar, wie man sagt, zu einem Preise von 230.000 Mk. Aber die Gesellschaft hat dies nicht einmal zu bezahlen, sondern braucht nur auf den Kaufpreis 25 Prozent anzusetzen und den Rest mit 6 Prozent jährlich zu zahlen, wobei die Stadt doch mindestens 9 bis 10 Prozent Zinsen für ihre benötigten Kredite zahlen muß. Also wird der Gesellschaft von vornherein ein großes Geschenk im Zinsfuß gemacht. Außerdem sind auch gar keine Sicherungen in dem Vertrag vorhanden, in welchem Zustande das Werk einmal an die Stadt wieder zurückfällt. Die Gesellschaft kann vollständig abgewirtschaftet die Anstalt der Stadt zurückgeben, so daß nur noch ein Haufen von Trümmern und Altisen vorhanden ist. Und was wird der Stadt hierfür geboten? Sie soll an dem Reingewinn mit fünfzig Prozent partizipieren. Wer die Geschäftstätigkeit der privatkapitalistischen Gesellschaft kennt, weiß, daß sie in der Lage ist, trotz glänzender Einnahmen überhaupt keine Reingewinne nachzuweisen, so daß die Stadt wohl auf viele Jahre vollständig leer ausgehen wird. Die drei geforderten Aufsichtsratsmitglieder werden hieran wenig oder gar nichts ändern können und so scheint sich die Annahme zu bestätigen, daß man dieses lästige Werk nur deshalb einem privaten Unternehmen überlassen, um einem der deutschnationalen Partei nabeflebenden abgebauten Stadtrat eine sichere Existenz zu schaffen. Nach langer Debatte gelangte der Vertrag gegen die Stimmen unserer Genossen zur Annahme. Für die Kommunisten hat diese Tagesordnung kein besonderes Interesse, sie stützen sich auf Abwesenheit.

### Gefinnungsfüchtige Kommunisten und Demokraten

In der „Neuen Gemeinde“ lesen wir: Mitte November beschloß die Landverordneten von Bergedorf, die Bebestraße in Bismarckstraße und die Rathenaufstraße in Blücherstraße umbenennen. Die Sozialdemokraten, die keine absolute Mehrheit mehr in der Stadtvertretung haben, wurden überstimmt, da sich die Kommunisten der Stimme enthielten. Ein Sammer, das sogar die Demokraten für den Beschluß stimmten.

Man fragt sich wirklich, bemerkt dazu die „Welt am Montag“, welcher Partei in diesem Falle die Palme gebührt: den Kommunisten, die die Grenzänderung Bedels zugunsten Bismarcks durch ihre Stimmhaltung ermöglichten, oder den Demokraten, die ihren ermordeten Parteigenossen Rathenau dem alten Bismarcker Blücher opferten.

Bei der Umbenennung Rathenaus haben sowohl die Kommunisten wie auch die Demokraten in öffentlichen Demonstrationen gegen die Neugeltung Rathenaus protestiert. Die Abstimmung zeigt wiederum die Gesinnung dieser Parteien. Noch vor den Wahlen haben sich die Kommunisten auf den großen Bebel berufen und hier bieten sie die Hand dazu, daß der Name dieses Tribunen, dem die deutsche Arbeiterklasse so unendlich viel verdankt, einfach, weil er in den Augen der Gegner der modernen Arbeiterbewegung mit Recht immer noch der Erwecker der deutschen Arbeiterklasse ist, in der Erinnerung gestrichen wird. Höher kann dieser blöde geistig arm-selbste Jammerismus gegen die Sozialdemokratie nicht geben. — Es ist aber die wahre Gesinnung dieser Leute.

### Genossenschaftsbewegung

#### Konsumgenossenschaftliche Tagungen im Jahre 1925

Im Jahre 1925 finden folgende ordentliche Tagungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und seiner Konsumvereine statt:

Gemeinschaftliche Versammlung des Vorstandes, des Ausschusses und des Generalrats des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 3. bis 5. Mai in Chemnitz; Verbandstag des Verbandes bayerischer Konsumvereine am 9. und 10. Mai in Reichenhall; Verbandstag des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine am 9. und 10. Mai in Bremen; Verbandstag des Verbandes Thüringer Konsumvereine am 16. und 17. Mai in Ilmenau; Verbandstag des Verbandes württembergischer Konsumvereine am 16. und 17. Mai in Tübingen; Verbandstag des Verbandes mitteldeutscher Konsumvereine am 17. und 18. Mai in Bad Salzungen; Verbandstag des Verbandes sächsischer Konsumvereine am 17. und 18. Mai in Leipzig; Verbandstag des Verbandes ostdeutscher Konsumvereine am 20. und 21. Mai in Soremburg; Verbandstag des Verbandes der Konsumgenossenschaften in Rheinland und Westfalen am 20. und 21. Mai in Aachen; Verbandstag des Verbandes schlesischer Konsumvereine am 20. und 21. Mai in Bunzlau; Verbandstag des Verbandes süddeutscher Konsumvereine am 21. und 22. Mai in Kempten; Gemeinschaftliche Versammlung des Vorstandes, des Ausschusses und des Generalrats des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 14. und 15. Juni in Stettin; 22. ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 15., 16. und 17. Juni in Stettin; 30. ordentliche Generalversammlung der Grobkauf-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. am 18. Juni in Stettin; 13. ordentliche Generalversammlung der Verlags-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. am 18. Juni in Stettin.

### Gewerkschaftliches

#### Der Gewerkschaftsfunktionär

Das Wiederaufleben der Gewerkschaften nach der Inflation weist auch den „kleinen“ Gewerkschaftsfunktionär, dem Vertrauensmann, die Aufgaben in verstärktem Maße zu, die er bisher in den Gewerkschaften hatte. Wie in der Partei, so ist auch in den Gewerkschaften der Vertrauensmann nicht nur das Bindeglied zwischen Führerschaft und Mitgliedermasse, sondern der Grundstock, die Zelle jeder Verbandstätigkeit schlechthin. Bei der Agitationsarbeit geht wohl die Initiative von der Organisationsleitung aus, die das Material liefert; die Verwertung der Anregungen, die Ummantelung der Anweisungen in die Gebrauchsförmigkeit ist Sache des Vertrauensmannes. Nicht immer ist der beste Agitator bei der Mitgliederwerbung, der in der Versammlung die geläufigste Rede hält. Der stille, unscheinbare, aber innenwärtige Vertrauensmann ist Pfingstführer und Säemann zugleich. In der Werkstatt, im Bureau, auf dem Bau und im Geschäft steht er in intimster persönlicher Verbindung mit den Anorganisierten wie auch mit „seinen“ Mitgliedern. Im kollegial-familiären Gespräch mit dem Nachbarn macht er diese auf die Vorteile der Organisationsangehörigkeit aufmerksam. Zäh und unerbittlich widerlegt er die Einwände der Zweifler; mit Ausdauer und Selbstverständlichkeit verrichtet er die kleinen Verwaltungsarbeiten für die Organisierten. Er ist der erklärte Vertreter der Arbeitgenossen; im Kleinbetrieb ist er der alleinige Vertreter bei allen Verhandlungen mit dem Chef, im Mittel- und Großbetrieb stellt er den Repräsentanten des Verbandes in der Berufung dar.

Der Vertrauensmann hat nicht nur das Vertrauen seiner Kollegen, sondern auch der Geschäftsleitung des Verbandes. Ihm ist die Organisationsangehörigkeit und das Wirken für die Organisation zur zweiten Natur geworden. Jeder Verfolgung nach wirtschaftliche Benachteiligung durch Vorgesetzte und Unternehmer schreit ihm ab. Er wechelt die Arbeitsstelle und ist wieder Funktionär. Im neuen Beruf, in der fremden Stadt und der neuen Heimat arbeitet er wieder für die Organisation. Zeit, Geld, Familienleben opfert der Vertrauensmann für die „geringen“ Arbeiten im Verband. Ohne Hoffnung auf Dank und Anerkennung ist er der Besessene seiner Korporation, der es in den seltensten Fällen zum Unteroffizier oder noch höher Chargierten bringt.

Einfach, selbstlos und bescheiden, doch voll Energie und Tatkraft da, wo Unbestand oder brutale Unterdrückung den Grund für das Organisationsgebäude zerstören will, waltet der Vertrauensmann seines Amtes. Unbekannt schafft er bisher sein groß Teil am stolzen Bau der Gewerkschaften; so wird der Vertrauensmann auch in Zukunft seine Arbeit leisten: ein Pionier der Arbeit und ihrer endlichen Befreiung von den Fesseln der Ausbeutung.

### Aus der Tabakindustrie

Am 29. Dezember hat der vom Reichsarbeitsministerin bestellte Schlichter in der Kohlenindustrie der Zigarrenindustrie einen Schlichterbescheid gefällt, wonach alle Tariflöhne ab 1. Januar um 10 Prozent erhöht werden sollen. Beide Parteien haben sich bis zum 10. Januar zu erklären, ob der Schlichterbescheid angenommen wird.

Da die erzielten Löhne in der Zigarrenindustrie, trotz meistens emtiger Akkordarbeit, sehr gering sind, werden hoffentlich die Herren Zigarrenfabrikanten dem Schlichterbescheid ihre Zustimmung nicht verweigern. Der Schlichterbescheid bedeutet nur eine geringe Verbesserung der Löhne, die keineswegs eine besondere Belastung der Industrie bedeutet. Nach sachmännischer Berechnung beträgt die Belastung der Einzelzigarre in den Kleinverkaufspreislagen bis zu 30 Pfg. bis 1/2 Pfg. Wegen dieser „ungeheuren“ Belastung wird sicherlich eine Konsumeinschränkung nicht zu befürchten sein, wie es bei jeder Lohnforderung von Unternehmerseite behauptet wurde. Für die Zigarrenarbeiter wird gut sein, ihre Organisation zu führen, denn Ende Februar laufen die Tarife ab. Denn nur durch eine kräftige Organisation wird es möglich sein, einen neuen, den Verhältnissen angepaßten kollektiven Arbeitsvertrag (Tarif) durchzusetzen.



### Kleine badische Chronik

**Oberweier.** Auch hier hat das Neujahrstreiben ein Opfer gefordert. Ein junger Mann wurde durch einen Schlag so schwer am Kopf verletzt, daß dieses seine Schicksal einbrachte.

**Wiesbaden (bei Raab).** Am Neujahrstag Morgen brach der 19 Jahre alte Holzmagler Kretzel bei der Arbeit bewußtlos zusammen. Man glaubt, ihm am Leben erhalten zu können.

**Deisbach (bei St. Peter).** Freitag Morgen ereignete sich auf der Landstraße von St. Peter nach Deisbach ein Unglücksfall. Der ledige Landwirt Josef Schuler von hier fuhr mit einem geladenen Holzwagen von St. Peter nach Deisbach. Auf der glatteisernen Straße kam der Wagen ins Rutschen, wobei zugleich auch die Vorderbremse brach. Das Pferd konnte den Wagen nicht mehr anhalten und wurde an den Abhang der Straße gestürzt. Pferd und Wagen stürzten den Abhang hinunter; der Fuhrmann kam mit dem Schreden davon, während das Pferd auf der Stelle geschlachtet werden mußte.

**Wesla (bei Donaueschingen).** Schwere Verbrennungen erlitt in Abwesenheit der Eltern ein 10jähriges Mädchen, das sich am Hochherde zu schäffeln machte. Die Kleider der Kleinen fingen Feuer und lichterloh brennend flüchtete es zu den Hausbewohnern. Die Flammen konnten erstickt werden, jedoch erlitt das arme Kind am ganzen Rücken sehr schwere Brandwunden.

**Einbach bei Wolfach.** Der 10jährige Sohn des Hofknechts Benckel Albert in Hinterreuth erhielt von einem vorbeifahrenden Pferd so unglücklich einen Schlag an den Kopf, daß nach wenigen Minuten der Tod eintrat.

Die Maul- und Klauenseuche tritt jetzt in größerem Maße in Mittelbaden auf. Zu Großweier ist sie im Gemeindebezirk sowie in zwei Ställen ausgebrochen. Auch aus Sappelrod kommt die Nachricht, daß dort diese Seuche unter dem Viehbestand auftritt. — Mit Rücksicht auf die im Bezirk Raast und in den Nachbarbezirken herrschende Maul- und Klauenseuche ist die Abhaltung des auf den 8. Januar in Raast fallenden Rindviehmarktes verboten worden.

**Weitere Winter-Sonbersage nach dem Schwärzwald.** In den letzten Tagen in Heidelberg hat sich eine Epidemie von Hämorrhoiden ausgebreitet, die die badische Verkehrsverbände mitteilt, das erste Ergebnis, daß in diesem Winter vorläufig noch zwei weitere Sonderzüge zu ermäßigten Preisen ab Wiesbaden und dem Rheinland nach dem Schwarzwald zur Ausführung kommen werden. Es sind vorgesehen: Am 31. Januar ein Sonderzug von Wiesbaden, Mainz, Frankfurt, Darmstadt und Mannheim über Karlsruhe, Baden-Dos, Wül, Offenburg, Freiburg, Müllheim nach Basel mit Anschlüssen u. a. in Offenburg Richtung Schwarzwaldbahn, in Freiburg Richtung Söllentalbahn, sowie nach Baden-Baden und Bademweiler in Wül mit Kraftwagenanschlüssen nach dem Badener Höhengebiet. Am 1. Febr. ein Sonderzug von Dortmund über Herne, Wanne, Selenkirchen, Alleenstein, Oberhausen, Duisburg, Düsseldorf, Köln, Bonn, Coblenz, Mainz, Darmstadt, Heidelberg, Karlsruhe, Baden-Dos, Offenburg, Freiburg, Müllheim nach Basel, ebenfalls mit unmittelbaren Anschlüssen nach den verschiedenen Erholungs- und Winterportgebieten im Schwarzwald. In diesen Fernsonderzügen kommen noch die für den inneren Verkehr in Baden vorgesehenen Verwaltungsjahres- und Sportsonderzüge an Sonntagen hinzu.

### Ein Familiendrama in Leutkirch-Neureut

Leutkirch-Neureut. Sonntag mittags gegen 1/2 1 Uhr ereignete sich in hiesiger Gemeinde ein Familiendrama. Der gegen 30 Jahre alte Schwiegersohn des Müllers Josef Feuerer auf seinen Schwiegereltern, Schwiegermutter und Schwägerin Karle Schille ab. Die Frau starb bald darauf an der erhaltenen Verletzung. Der Schwiegervater und der Schwager wurden in das Krankenhaus nach Karlsruhe verbracht. Der Täter, der nach vollbrachter Tat flüchtig ging, wurde in der Nähe des Schützenhauses von ihm verfolgten Einwohnern mit geöffneten Fulsäcken aufgefunden; er wurde ebenfalls in das Krankenhaus eingeliefert. Verweigerung zur Tat sind bis jetzt unbekannt.

### Veranstaltungen in Baden 1925

Zur Belebung des Fremdenverkehrs, insbesondere auch aus dem Ausland, wird die Reichszentrale für deutsche Verkehrsverbände neben sonstigen Werbemaßnahmen ein Programm der wichtigsten Veranstaltungen in Deutschland herausgegeben und im In- und Ausland in weitestem Umfang verbreitet. Auf eine Rundfrage des Badischen Verkehrsverbandes bei seinen Mitgliedern sind bis jetzt folgende wichtigere Veranstaltungen angemeldet worden:

**Baden-Baden.** Außer den laufenden Veranstaltungen, im April großes internationales Schachturnier, im Mai Rosarifestivalwoche, im Juli Automobilturnier, Ende August große internationale Pferderennen.

**Badenweiler.** Zweiter Sonntag nach Ostern Sommerfestspiele, Ende Mai historische Kammerkonzerte im Fürstentum des Schlosses.

**Heidelberg.** Schloßbeleuchtungen nach jeweiliger Antikundigung.

**Karlsruhe.** Ende Mai Süddeutscher Buchdrucker-Sängerfest, September und Oktober Herbstmusik 1925. Ferner im Mai Ausstellung der Landwirte für das Badische Handwerk, im Juni und Juli internationale volkswirtschaftliche Ausstellung, sowie ausländische Kunstausstellung, zweite Hälfte August Landesgartenbau-Ausstellung und Anfang September bis Anfang Oktober Badische Kunstausstellung, im September Süddeutsche Dentalschau.

**Mannheim.** Maifestwoche, Mannheimer Rennen und Sportwoche, Sonderveranstaltungen des Nationaltheaters, Woche für Wirtschaft und Kultur bei der Handelshochschule neben zahlreichen sonstigen Veranstaltungen.

**Singen a. S.** Hohentwiel-Festspiele, von Mitgliedern des Badischen Landesbundes aufgeführt.

Im Interesse der Förderung des Fremdenverkehrs in Baden und damit des Badischen Wirtschaftslebens ist die umfassende Anordnung einzelner sonstiger bedeutender Veranstaltungen im Jahre 1925 an den Badischen Verkehrsverband Karlsruhe dringend erwünscht.

### Von der Enklave Büdingen

Die deutsche Gemeinde Büdingen bildet im Schweizergebiet eine Enklave: rundum ist die Gemeinde von der Eidgenossenschaft eingeschlossen und die Büdinger sind ganz von der Schweiz abhängig. Während der Inflationszeit sind dort besonders große Finanzfälle vorgekommen, die den Büdingern, das kann man ruhig sagen, das Leben sauer machten. An Wertreibungen, von Deutschland losgelöst und der Schweiz (Kanton Schaffhausen) angeschlossen zu werden, hat es nicht gefehlt. Bei der Reichstagswahl im Mai wurde durch eine flüchtigem vereinbarte Stimmhaltung auch eine Fällung derjenigen Wahlberechtigten vorgenommen, die für den Anschluss an die Schweiz waren. Es waren 99 Prozent. Aus solchen Schwerezeiten heraus ergaben sich auch schon allerlei Gerüchteleien privater Natur. Am 9. August ereignete sich aber ein Zwischenfall, der die Straßenszene beschrieb. Die Vorgeschichte ist kurz folgende: Ein Dentist Illmann

aus Gailingen mietete sich nach Kriegsende in Büdingen rechtmäßig 2 Zimmer zur Ausübung der Praxis. Der Grund dieses Unternehmens liegt der Hand: Franken-Einnahmen. Drei weitere Dentisten machten es ihm nach. Und das Geschäft blühte bei allen Bieren zum Schaden der schweizerischen Dentisten und Zahnärzte. Diese legten Beschwerde bei der Sanitäts- und Polizeidirektion in Schaffhausen ein mit dem Erfolg, daß schweizerischerseits der Gemeinde Büdingen die Entfernung der Konfurrenz nahegelegt wurde, später unter Androhung des Pfandzwanges. Mit gelindem Druck gelang es der Gemeinde Büdingen, die drei leistungsgerechten Dentisten wieder zu entfernen; der erste, Illmann, aber blieb hartnäckig und nichts konnte ihn veranlassen, seine Franken-Praxis aufzugeben. Die Büdinger verdienten wohl keine selber Franken, wollten diese Quelle für Büdingen aber nicht verlost sein durch einen, noch dazu einen „Ingenieur“. Schaffhausen aber drängte weiter, auf den sie schließlich angewiesen sind. Am 11. Juni beriet der Bürgerausschuss über den Fall. Dabei wurde mit 27 Stimmen gegen die Stimme des Bürgermeisters beschlossen, den Illmann gewaltsam zu entfernen, eventuelle Prozeduren habe die Gemeinde zu tragen. Am 9. August wurde der Befehl ausgeführt durch die Gemeindevorstände G. und M. Fr. Wersmann, A. u. C. W. B. Weiß und durch die Bürgerausschussmitglieder W. Denis und Aug. von D. Sie drangen in das Haus von Probed, in dem Illmann in zwei Zimmern seine Praxis ausübte, ein, sprengten eine Tür, gingen mit den Bewohnern des Hauses und dem Vermieter nicht sanft um, entfernten die Einrichtungen des Dentisten und führten die Gegenstände fort. Am Tag der Praxis beendet, der Bürgerausschussbeschluss vollzogen, der Friede mit der Schweiz hergestellt, aber es war auch eine Straftat begangen. Alle Genannten hatten sich dieserhalb vor dem Schöffengericht Konstanz wegen unbefugter Annahme eines öffentlichen Amtes, Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung zu verantworten. Das Schöffengericht trat sowohl den wirklich bestehenden Verhältnissen Rechnung und verurteilte auf Gefängnisstrafen, und es berücksichtigte auch, daß die Angeklagten im Interesse der Gemeinde gehandelt haben und erkannte auf geringe Geldstrafen von 200, 150 und 100 M. und die Kosten.

Der Bürgerausschuss Büdingen wird nun wohl wieder darüber verhandeln müssen, ob diese Strafstrafe und Gerichtsverfahren, die immerhin nennenswert sind, die Gemeindefürsorge tatsächlich tragen wird. Mit größeren Summen aber wird der bereits anhängige Zivilprozess ausgetragelt sein, die nach dem Befehl des Bürgerausschusses ebenfalls die Gemeindefürsorge zu tragen hätten.

### Markt und Handel

**Schweinemarkt in Bruchsal am 3. Januar.** Angefahren wurden: Milchschweine 72, Käufer 26. Verkauft wurden: Milchschweine 72, Käufer 26. Höchster Preis, Paar Milchschweine 44 M., Käufer 75 M., höchste Preis, Paar Milchschweine 40 M., Käufer 70 M., niedrigster Preis, Paar Milchschweine 35 M., Käufer 50 M.

### Gesundheitspflege

#### Wie schützt man sich vor Wadentrampf?

Der Wadentrampf, der gewöhnlich des Nachts im Schlaf oder auch im tiefen Schlafe aufzutreten pflegt, kommt durch unwillkürliche Leberdehnung — Leberstreckung oder Leberbeugung — der Muskeln zustande. Im Wadentrampe wird die Leberbeugung gewöhnlich durch Gegenwirkung des entgegengelegten arbeitenden Muskels verhindert. Man kann die nächtlichen Wadentrampe vermeiden, wenn man das Bein auf eine „Rohrmanische Schiene“ legt oder wenn man lernt, die unwillkürlichen „Reibebewegungen“ im Schlafe oder Ganzschlafe rechtzeitig zu unterbrechen.

#### Verstopfung — ein Leiden der Frau

Jeder Frauenarzt findet bei einer großen Zahl der Frauen und Mädchen, die ihn wegen eines Frauenlebens auffuchen, als mehr oder minder wichtigen Nebenbefund eine chronische Verstopfung, die beim weiblichen Geschlecht wesentlich verbreiteter ist als bei den Männern. Die mangelhafte Entleerung des Mastdarmes ist schon bei gefunden Frauen einen ungünstigen Einfluß auf die Lage der Gebärmutter auszuüben, aber gar noch Frauenleiden vorliegen, dann werden diese durch chronische Obstipation (Verstopfung) noch gesteigert. Es kann zu Störungen der Harnblase, der Gebärmutter, Lungen, Nieren, auch Störungen der monatlichen Blutungen können die Folge einer Dauererkrankung sein.

Die Ursache dafür, daß gerade beim weiblichen Geschlecht die Stuhlverhaltung so häufig vorkommt, ist wohl zunächst in der — großen Spielraum gewährten — Lagerung der Beckenorgane gumeinander zu suchen. Auch Veränderungen an den Genitalien und den Gebärmuttern infolge Schwangerschaft und Geburt erschweren die Darmentleerung. Aber weshalb tritt die chronische Obstipation auch bei Mädchen und Frauen, die noch nicht geboren haben, so außerordentlich häufig auf? Hier hindern äußere gesellschaftliche Bedürfnisse die Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts vielfach dem Drang nach Stuhlentleerung rechtzeitig stattzugeben. Es kommt zur Eindämmung des Aktes, die noch durch die relativ geringe Flüssigkeitsaufnahme der Frau begünstigt wird. Auch die Eile, fremde oder gar öffentliche Toiletten aufzusuchen, spielt bei vielen Frauen eine bedeutende Rolle. Es kommt es, daß zahlreiche Frauen und Mädchen nur alle zwei bis drei Tage auf die Toilette gehen.

In vielen Fällen gelingt es einfach durch Belehrung über schädliche Lebensgewohnheiten, die Frauen von der lästigen Verstopfung zu befreien. Sobald aber — wie es leider vielfach der Fall ist — eine Gewöhnung an Abführmittel vorliegt, wird die Heilung sehr erschwert. Denn die anfängliche Erleichterung infolge Gebrauchs von Abführmitteln hat bald zu einer wirklichen Verschärfung des Darmes geführt. Hier muß der Arzt unter allen Umständen zunächst eine Abgewöhnung von diesen Mitteln verlangen; denn sie sind unnütz, da ursprünglich der Darm gut gearbeitet hat und der Stuhl flüssig genug gewesen ist. Nur das Zurückhalten hat zur Eindämmung geführt. Auch eine gewisse Diät ist zweckmäßig. Aber keineswegs eine leichte, gut verdauliche Kost; im Gegenteil grobe Kost (Schrotbrot, zellulosereiche Speisen) müssen genommen werden, um die Darmtätigkeit anzuregen. Auch Massage ist empfehlenswert. Körperliche Bewegung, Schwimmen und Baden haben vielfach günstigen Einfluß. Schließlich empfiehlt der bekannte Breslauer Frauenarzt Prof. Ach noch den galvano-kathodischen Strom, der die Stuhlentleerung in Gang bringt. In ganz seltenen Fällen, in denen zu wenig Schläden gebildet werden, kann man für kurze Zeit Magnit oder Paraffin als mechanische Anregungsmittel auf ärztlichen Rat hin nehmen. Aber — wie gesagt — nur für kurze Zeit. Gegebenenfalls kommen noch Einspritzungen mit unbedenklichem Glycerin in Frage. Zur Herabsetzung alter eingedickter Kotmassen können Einläufe (Klistiere) mit reinem, sehr warmem Wasser von 40—42 Grad Celsius zur Anwendung, die höchstens 1/2 Liter umfassen dürfen und — langsam eingeleitet — mindestens 1/4 Stunde einwirken lassen müssen. Gegebenenfalls kann man noch ein kleines Küßles Seifenklystier von 1/2 Liter als Reizmittel nachgeben.

In allen Fällen ist aber dringend zu raten, daß dem Drang nach Stuhlentleerung möglichst sofort Folge gelistet wird. Ist dies aus äußeren Gründen unmöglich, so soll man nicht abwarten, bis sich erneut Drang einstellt, sondern von selbst die

Toilette baldmöglichst auffuchen. Regelmäßige morgendliche Entleerung des Darmes ist dringend zu wünschen. Außerdem sollen etwa 1/4 Liter kalten Wassers am Tag getrunken werden; frisch nüchtern, mittags einige Zeit nach dem Essen und abends vor dem Schlafengehen ein Glas Mineralbrunnen, Tee, Kaffee, Bier und Suppen erheben das Wasser nicht. Der Darminhalt kann durch salzreiche Kost, durch Obst (Pflaumen) und Gemüse vermehrt werden. Unter allen Umständen muß Gewöhnung an Abführmittel vermieden werden. Dr. Paracelsus.

### Erziehung und Prostitution

Man hat die Beobachtung gemacht, daß der Prostitution vielfach solche Mädchen anheimfallen, die vor Vollendung des 16. Lebensjahres die Schule verlassen haben. Statistiken beweisen, daß der erste Verkehr der Prostituierten meist schon im Alter von 14—16 Jahren stattgefunden hat, und zwar sind es im allgemeinen ungelernete Arbeiterinnen, Dienstmädchen und Waisenkinder, die in diesem jugendlichen Alter auf Grund eines Heiratsversprechens oder eines Liebesverhältnisses sich einem Manne hingeben, um dann bald — von diesem verlassen — der Prostitution zu verfallen. Um diese Mädchen vor den Gefahren zu schützen, wird von fachverständiger Seite dringend empfohlen, ihre Urteilskraft durch eine längere Schulausbildung zu schärfen und sie gleichzeitig damit bis zum 16. Lebensjahr unter Aufsicht des Elternhauses zu halten. Erfahrungsgemäß ist die Gefahr der Prostitution erheblich geringer, wenn das Mädchen unberührt das 17. Lebensjahr erreicht hat. Es mag dieses Mittel der systematischen Charakterbildung, des vertieften Wissens und der Beaufsichtigung der Jugend in so manchen Fällen wirksam sein; solange jedoch das brutale kapitalistische Wirtschaftssystem besteht, werden wir leider mit dem sozialen Uebel der Prostitution zu rechnen haben.

### Fiebermessung

Genötigt meist man bei fiebernden oder fieberverdächtigen Kranken früh, mittags und abends die Körpertemperatur, ohne daß diese Prozeduren irgendwie nachteilig sind, wenn nicht gerade das Thermometer zerbricht. Nur bei Säuglingen und ganz kleinen Kindern können unter Umständen häufige Darmmessungen unangenehme Begleiterscheinungen auslösen. Der Darm wird anscheinend durch die Einführung des Thermometers gereizt, und es kommt leicht zu Durchfällen. Wenn schon Diarrhoe besteht, kann diese noch durch allzu häufige Darmmessungen gesteigert werden. Es empfiehlt sich also, Säuglinge so wenig als möglich im Darm zu messen. Sollte aus dringenden Gründen öfter gemessen werden müssen, so kann man als Notbehelf die Messungen in der Leistenbeuge vornehmen.

### Aus der Partei

#### Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe

Veranstaltungen finden statt:

**Oberkirch, Samstag, den 10. Januar, abends 8 Uhr.** außerordentliche Generalversammlung in der „Stadt Straßburg“. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Trinks über „Unser nächsten Aufgaben“. 2. Neuwahl des Gesamtvorstands. Es wird vollständiges Erscheinen aller Genossen erwartet.

**Oppenau, Amt Oberkirch, Sonntag, den 11. Januar, vorm. 10 1/2 Uhr.** Mitgliederversammlung mit Vortrag des Genossen Trinks-Karlsruhe.

**Wilkirch, Amt Rehl, Sonntag, den 11. Januar, mittags 2 Uhr.** Mitgliederversammlung im „Gambinus“ mit Vortrag des Genossen Trinks.

**Oppenau, Sonntag, den 11. Januar, abends 7 Uhr.** Mitgliederversammlung mit Vortrag des Gen. Trinks.

**Söllingen, Sonntag, den 11. Januar, mittags 3 Uhr.** im Rathaus Vortrag des Gen. Sängers Karlsruhe über „Christi Trinks, Parteisekretär.“

### Aus dem Lande

#### Durlach

##### Aus dem Stadtrat

Der Stadtrat wird am nächsten Samstag eine Besichtigung der Meliorationsarbeiten vornehmen. — Wegen die vom Ministerium des Innern beabsichtigte Zuweisung eines Beamten ausschließlich der Nebenerhebung der Bau-, Wohnungs-, Feuer- und Gesundheitspolizei durch die Stadt soll Einspruch erhoben werden, da die Stadt durch die Wegnahme des Bezirksamtes ohnehin schon großen Nachteile erlitten hat. — Für das Krankenhaus werden drei Ecktische in Auftrag gegeben. — Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses werden die Mittel zur Anpflanzung der Blumenbeete der Schloßparkanlage genehmigt. — Wegen die Erstellung einer Einbahnstraße rechts der Pfing zwischen Stadt und Dreißtallenschen, je einer Straßenseite im Weingarten und Weidgarten haben die Gemeinden Karlsruhe und Oberrhein Einspruch erhoben; dieselben sind nach Ansicht des Stadtrats unbegründet. Mit dem Unternehmer der Vorhabenssanctionierung über die Entnahme von Sand im Oberwald gegenüber der eingetragenen Gewerbe ein Vertrag abgeschlossen. — Die demnächst freierwerbende Seals- und Pflanzenschule im Oberwald wird teilweise der August-Mittelschule übergeben. — Die Gelände für die neue Pflanzenschule abtreten mußte. — Nach Anstellung des Stammkapitals des Badischen Bauverbands wird die Mitgliedschaft der Stadt aufgelöst. — Der Weingarten für die an Reichshäusern an die Erwerbslosen und Handarbeiter ausgehenden Wirtschaftsbetriebe wird auf die Stadt übertragen. Bekanntlich hat der badische Landtag bestimmte Richtlinien für die Gewährung dieser Beträge aufgestellt, über die die Stadt etwas hinaus gegangen ist. — Die an Unbemittelte auf Antrag kostenlos abzugebende Särge sollen auch weiterhin in Stadt, Regie hergestellt werden. Statt des bisherigen Antriches mit Aufschwanz werden die Särge in Zukunft noch ladiert werden. — Die Miete für die Veräußerung der ehemaligen Friedhofkapelle durch die altkathol. Kirchengemeinde wurde neu festgesetzt, ebenso die Gebühren für die Veräußerung der Grabstätten auf dem alten Friedhof. — Stirbt eine Person in Durlach, die im Stadteil Aus ihren Wohnsitz hatte und dafelbst beigesetzt wird, so wird nur die Einheitssteuer erhoben, die für die Stadt Durlach maßgebend ist. Die Leichen der im Krankenhaus verstorbenen Personen des Stadteils Aus sollen in den Wintermonaten in der Leichenhalle des Krankenhauses verbleiben, in den Sommermonaten dagegen in die Leichenhalle des Hauptfriedhofes überführt werden, solange nicht für den Stadteil Aus eine besondere Leichenhalle errichtet ist. — Die Zahl der Erwerbslosen beträgt 3. 31. 150. — Verschiedene Polizeiverordnungen werden genehmigt.

#### Aus dem Abtal

Ettlingen. Vier ereigneten sich bei der Neujahrstafel drei Anfälle. Bei einem Fall wurde der Verletzte direkt unter dem Auge getroffen. Ein jüngerer Fall ereignete sich in Speiserei. Der 18 Jahre alte Franz Fang füllte ein Bierleistungsbrot mit Salz und brachte dies durch das Eintreten eines Stöpsels zur Entladung. Dabei wurde dem jungen Mann die linke Hand getroffen.

Rastatt

Befragungen wurden hier ein fleißiger Arbeiter und ein lediger Schloffer von hier, weil sie in der Neujahrnacht nach vorangegangenen Wochen in einer hiesigen Wirtschaft, der sich dann auf der Straße fortsetzte, einem ledigen Tagelöhner aus Otterdorf mit einem Bierglas mehrere Schläge auf den Kopf versetzten, sodaß der Verletzte mehrere Stellen Schädeldruck erlitten hat. Lebensgefahr ist nicht ausgeschlossen.

Rehl

Reklamation der Erwerbslosen. Auf den in unserm Blatte vom 31. Dez. 1924 erschienenen Artikel geht uns vom Arbeitsamt Rehl folgende Erwiderung zu: Die Erwerbslosen von Rehl, die den Verfasser des Bescheidartikels geht von der irrigen Auffassung aus, daß das Arbeitsamt Rehl ohne Rücksicht auf die bestehenden Bestimmungen und Bestimmungen handeln wie es gerade für recht und gut gehalten wird. Es wäre nun wirklich an der Zeit, daß den Erwerbslosen bekannt würde, daß die Arbeitsämter nicht bestimmende, sondern ausführende Organe sind. Das Arbeitsamt tut nur das, was ihm durch die gegebenen Bestimmungen und Bestimmungen vorgeschrieben ist. Die Unterhaltungsprämien sind vom Herrn Reichsarbeitsminister festgelegt worden. Ebenso hat der Herr Reichsarbeitsminister bestimmt, daß die Bezüge der Rehl-Handwerker 70 Proz. des tariflichen Bruttolohnes der für Arbeiten gleicher Art am Orte der Rehl-Handwerker gezahlt wird, nicht übersteigen dürfen. Für die Rehl-Handwerker ist die Berechnung der Bauhandwerkerlohn zu Grunde gelegt. Daß die Umgestaltung des Ortsklassenverzeichnis für die Erwerbslosenfürsorge keine Veränderung nach sich zieht, und daß vielmehr die Höchstätze nach dem Ortsklassenverzeichnis, wie es bis zum 31. 10. 24 gegolten hat, auch weiterhin zu gelten sind, ist ebenfalls höheren Orts angeordnet worden.

Bezüglich der einmaligen Zuschuhunterstützung (Winterbeihilfe) ist zu bemerken, daß das Ministerium des Innern die empfangsberechtigten Erwerbslosengruppen genau bestimmt hat, und daß der Verwaltungsausschuß — nicht das Arbeitsamt — nur die Teilbeträge für die einzelnen zugelassenen Gruppen festgelegt hat. Nach dem Erlaß hat die Auszahlung der Zuschuhunterstützung in der dritten Dezemberwoche an die in der 3. Dezemberwoche in Unterhaltungsstehenden Erwerbslosen zu erfolgen. Ferner ist ausdrücklich bestimmt, daß die bei Rehl-Handwerkern beschäftigten Erwerbslosen dann keinen Anspruch auf diese einmalige Unterstüzung haben, wenn sie vom Auszahlungstag zurückgerechnet länger als 6 Wochen ununterbrochen bei Rehl-Handwerkern beschäftigt sind. Da nun gerade die Erwerbslosen von Rehl, wie sie selbst zugeben, viel länger bei den Rehl-Handwerkern beschäftigt sind, liegt es gar nicht in unserem Ermessen, diesen Erwerbslosen einen einmaligen Zuschuß zuzulassen. Es ist also gänzlich ausgeschlossen, daß anderswärts diesen Rehl-Handwerkern ein einmaliger Zuschuß gezahlt werden soll. Es sei denn, daß die betreffenden Gemeinden aus Gemeindefürsorge diesen einen Zuschuß gezahlt haben, was der Gemeinde Rehl ebenfalls freisteht. Jedenfalls haben wir in genau nach den bestehenden Vorschriften gehandelt. Letztere lediglich den Erwerbslosen von Rehl zu Gefallen zu umgehen, haben wir weder ein Recht, noch liegt eine Veranlassung hierzu vor. Wir stellen fest, daß die Erwerbslosen von Rehl auf die diesbezüglichen Bestimmungen eingehend hingewiesen worden sind. Die Behauptung, daß das Arbeitsamt hier eine eigenmächtige Verteilung vorgenommen hat, ist daher gänzlich unbegründet, eine Unwahrheit. Vollkommen unbegründet ist die Behauptung, daß die Zustände bei uns so schlimm seien, und daß das Arbeitsamt Rehl manche Schuld daran habe. Von solchen Zuständen ist uns gar nichts bekannt. Die Erwerbslosen von Rehl werden den Beweis für diese ihre fälsche Behauptung nicht erbringen können.

Mit der weiteren Behauptung, daß ein gewisser Herr Sch. aus Rehl aus Mitteln der einmaligen Zuschuhunterstützung den Betrag von 30 M erhalten habe, haben die Erwerbslosen aus Rehl gänzlich daneben gehauen. Obwohl dieser Herr Sch. eine Woche vor und in der als Stichtag bestimmten 3. Dezemberwoche in Unterhaltungsstehend, somit einen rechtlichen Anspruch auf die einmalige Zuschuhunterstützung hatte, ist ihm mit Rücksicht darauf, daß er in der 4. Dezemberwoche eine Stelle angetreten konnte, der zuständige Betrag nicht ausgeschüttet worden. Die politische Überzeugung des einzelnen Antragstellers ist uns dienlich vollkommen gleichgültig. Danach zu fragen oder gar zu handeln, haben wir auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen gar kein Recht.

Am liebsten dürfen die Erwerbslosen von Rehl versichert sein, daß wir sozial soziales Verständnis haben, um ihre wirtschaftliche Lage und die daraus entspringende Verbitterung verstehen zu können. Wir haben die Benutzung, daß wir, soweit es in unserer Macht stand, den Erwerbslosen gegenüber immer das größtmögliche Entgegenkommen gezeigt haben. Dies beweist uns die Tatsache, daß die Erwerbslosen der übrigen 32 Gemeinden noch niemals eine derartige Beschwerde gegen uns vorgebracht haben. Wenn die Erwerbslosen aus Rehl sich beschleihen fähig zu bleiben, werden sie einsehen, daß sie gar keinen Grund haben, uns, wie sie es schon wiederholt in der derbsten Weise getan haben, zu Krügelmaden zu machen. Von unserem bisherigen Wege werden wir uns trotz der veröffentlichten Beschwerte nicht abbringen lassen. Ein Nachsehen nach dem Rechten seitens der höheren Stellen brauchen wir nach wie vor nicht zu fürchten.

Leutebeim. Silvesterfeier. Im geräumigen Löwen-saal fand unter zahlreicher Beteiligung der Parteigenossen und Freunde unserer Sache die Silvesterfeier des Sozialdem. Wahlvereins statt. Der Vorstand Gen. Schneider bearbeitete die Anwesenden auf herlichste und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß das Jahr gelingen möge und alle Anwesenden befriedigen möchte. Die flotten Reden des Sozialdem. Wahlvereins, von einer Abteilung des hiesigen Musikvereins geleitet, und der Vortrag der Internationale durch die auf geschulte Gesangsabteilung, gaben dem Fest die richtige Weisheit. Der Hauptteil des Abends war ausschließlich durch die Aufführung von Schillers Drama „Kabale und Liebe“ dieses Werk, das in nicht für Dilettantenabende bestimmt ist, wurde für unsere Verhältnisse großartig wiedergegeben. Man kann sich vorstellen, welche Rufe und Orier es für die Mitspielenden, die alle der Arbeiterklasse angehören, gekostet hat, um dieses Werk einstudieren. Gen. David R. gab vor Beginn der Aufführung zum besseren Verständnis eine kurze Erläuterung über den Inhalt des Werkes. Es würde eine Unrechtigkeit bedeuten, wenn man einzelne Mitspieler besonders hervorheben wollte, da sie sich alle durch flottes Spiel auszeichneten und sich mit ihrer ganzen Person in ihre Rollen gaben. Der große Beifall, der nach jedem Akt gependet wurde, zeigte, daß man das Volk zu würdigen wußte. Voraussichtlich wird das Stück am Sonntag, 11. Januar, für die Öffentlichkeit nochmals zur Aufführung kommen. Es sei auch an dieser Stelle allen Mitspielenden der herzlichste Dank ausgesprochen. Nach Beendigung der Aufführung ging es an die Verteilung der freiwilligen Gaben, worunter sehr schöne und gute Dinge waren. Wir laden auch den Geborn nochmals Dank. Ein Tanzkränzchen hielt die Festteilnehmer noch lange in froher Stimmung beisammen. Der hiesige Wahlverein darf also auf eine wohl-gelungene Feier zurückblicken.

Offenburg

Aus dem Stadtrat

Errichtung eines Flugplatzes. Nach eingehendem Vortrag des Oberbürgermeisters über die in der Sache stattgehabten Besprechungen beschließt der Stadtrat, sich zusammen mit den größeren Städten Badens, mit dem bairischen Staat, mit der Industrie und dem Handel, einem einträglichen Flugplatz auf der Linie Frankfurt-Basel, mit Abzweigung nach Konstanz, anzuschließen. Von Offenburg, das als Zwischenstation vorgezogen ist, wird neben einer Vereinlage die nachweise Ueberlassung eines geeigneten Fluggeländes auf die Dauer von 30 Jahren verlangt. Als Fluggelände ist eine circa 5 Hektar große Fläche auf dem Gergerplatz in Aussicht genommen. In Hochbauten wird nur ein Starthäuschen verlangt, das beschließbar sein und Raum enthalten muß zur Unterbringung eines unverheirateten Piloten, Schrauber, eine kleine Arbeitsstätte und Raum zum Aufbewahren der Betriebsstoffe. Vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerausschusses wird die Geländeüberlassung, die Errichtung des Starthäuschens und eine Vereinbarung von 30 000 M. zugunsten der Offenburg, insbesondere die Industrie, aufbringen. Der Kauf des Bauplatzes (das Grundstück) und die Errichtung des Starthäuschens auf dem Grundstück wird von Offenburg zum Preise von 5 000 M. vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerausschusses — beschließen. Gegen die vorgelegten Baupläne bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Bezüglich der Ausgestaltung des Starthäuschens behält sich der Stadtrat spätere Entscheidung vor. — Jedenfalls soll dieses Haus zur Aufstellung eines Trummens, Herstellung einer Anlage oder als Denkmalplatz vorbehalten werden. — Die ortspolizeilichen Vorschriften betr. das Verhalten der Jugend und die Strafen- und Fahrpolizeiverordnung finden mit einigen Änderungen die Zustimmung des Stadtrats. — Errichtung von Benzin-Tankstellen. Die Errichtung von zwei Tankstellen nach behördlich genehmigten Systemen und zwar eine an der Blumenstraße und eine an der Verbindungsstraße zwischen Haupt- und Poststraße, wird vorbehaltlich jederzeitiger Widersprüche und gegen Zahlung einer Anerkennungsgeld genehmigt. — Vermietung der Stadthalle. Der Entwurf der Bedingungen für die Vermietung der Stadthalle wird eingehend durchgesprochen und mit einigen Änderungen genehmigt. Neu aufgenommen ist die Bestimmung, daß bei Veranstaltungen, die über nachts 12 Uhr hinausgehen, als Entschädigung für Heizung und Licht, neben der Miete und Kopffsteuer, eine weitere Vergütung von 20 M. pro Stunde zu bezahlen ist. — Grundbesitzerwerbungen. Die Erwerbung des Grundstücks (Gg. Nr. 1839a im Wälderfeld, Gemarkung Offenburg zum Preise von 1. M. pro Quadratmeter) und des Grundstücks (Gg. Nr. 864 im Wälderfeld, Gemarkung Offenburg zum Preise von 2. M. pro Quadratmeter) wird genehmigt. — Städtische Wohnbauten an der Rheinstraße. Nachdem die Baukommission sich mit dem von Herrn Architekt B. e. i. s. hier ausgearbeiteten Projekt einverstanden erklärt hat, stimmt auch der Stadtrat diesem Entwurfe einmütig zu. Durch dieses Projekt werden 108 Wohnungen geschaffen. Der Aufwand wird sich auf rund 1 Million belaufen. Beachtenswert ist, daß das Projekt in mehreren Abschnitten zur Ausführung zu bringen vorsehens ist, daß die dafür erforderlichen Mittel im Anleihenwege zu annehmbaren Bedingungen zu beschaffen sind. Am jedoch in der Ausführung nicht gehindert zu sein, beschließt der Stadtrat, das ganze Projekt alsbald baupolizeilich genehmigen zu lassen. — Die Ueberlassung höherer Dienststellen in der Nachweise als Stielplatz an das Arbeiterportieramt wird nach dem Vorschlag des Stadtbauamts unter den üblichen Bedingungen genehmigt.

Die Erwerbslosenfürsorgestelle für den Amtsbezirk Offenburg-Rand wird mit Wirkung vom 6. Januar ab in die Räume des Hauses Orbenbergerstraße 32 in Offenburg verlegt. Die Erwerbslosenfürsorgestelle Gegenbach wird mit dem gleichen Zeitpunkt aufgehoben.

Verstorbene. Die Weihnachtsfeier der Armen und Erwerbslosen, der Kriegswaisen und Kriegsbeschädigten, veranstaltet von der Stadt, Offenburg und vom Weidmann, nahmen einen erhebenden Verlauf. Neben hiesigen Gesangvereinen, Orchestern, Sängern, Kinderchor, musikalische Aufführungen und Duetts, die sehr gelobt wurden, da nur Wohlhabenden die Ausbildung der Kinder, abgesehen von wenigen Stipendien, ermöglicht ist. Wohl noch die seit 19 Jahren hundertsten ihres jährigen Weihnachtswortes: „Friede und Wohlergehen auf Erden allen Menschen“, endlich wahr werden! Allein dies kann nur geschehen, wenn das Proletariat einig ist und diese christlichen Weihnachts-überlieferungen selbst verwirklicht. — Auch die Stadt, Klein-Kinder-schulen veranstalteten Weihnachtsfeier. Die allerliebsten Gesänge und Deklamationen der lieben kleinen Knirpse wirkten zu dröckig. Nur war der Festraum so winzig klein, daß viele Zuhörer vom Freien aus durchs Fenster zusehen mußten. Erfreulicherweise konnte der Respekt, Gen. Stadtrat W. o. n. g., versichern, daß die Pläne zum Neubau beinahe fertiggestellt und dieser hoffentlich bis zum nächsten Herbst fertiggestellt sein werde. — Der kürzlich im „Volkstempel“ gegebene Anregung, den Pfingsten des Pfingstfestes Festungen aus dem Stadt. Verzeimung zur Unterhaltung zuzuwenden, wurde erfreulicherweise einmütig angenommen. — Die Stadt, Leidenhalle hat in den letzten Wochen eine würdige Ausgestaltung erfahren. Es bestand nämlich der oft gerügte Mangel an besonderen Aufnahmestellen. Nun sind solche Einzelzellen erstellt worden. In der Kapelle bestehen noch zwei große Fenster mit durchsichtigen Scheiben, die nun durch solche aus Rothdrücker Glas ersetzt werden. Auch der feinerne Fußboden soll mit Teppichen belegt werden.

Eine wohl-gelungene Silvesterfeier veranstaltete unsere Partei am Mittwochabend im Dreißigsthal. Eine sehr große Zahl Parteigenossen und Genosseninnen mit ihren Angehörigen, sowie Freunde unserer Sache hatten sich eingefunden, um im großen sozialdemokratischen Familienkreis den letzten Tag des alten Jahres zu verabschieden. Geboten wurden ein Prolog, musikalische und gefangliche Vorführungen, ein großes Theaterstück, das das Ringen um die sozialistische Weltanschauung behandelte und um dessen Aufführung sich unsere Genossen E. n. g. e. l. h. a. r. t. besonders verdient gemacht hat, und späterrecht ein Tanzgen. Gen. Reichstagsabgeordneter E. W. e. i. c. e. r. b. u. r. g. behandelte in seiner Rede die politischen Umwälzungen der Nachkriegszeit mit besonderer Berücksichtigung der Fortkommnisse des nun vergangenen Jahres; er zeigte an Beispielen, wie Erregungen und Verlieren von der Einstellung der Arbeiterschaft selbst abhängen, und forderte zu erneuter, tatkräftiger Mitarbeit in 1925 auf, damit dieses Jahr keine politischen Ueberforderungen in für uns unliebsamer Form bringen konnte. Leider Weisall löste dem Redner. Die übliche Gabenverteilung wie das Ausstehen einer großen Gefühlsfrage brachte viel Spannung und Erregung. Das ganze Fest verlief in der befriedigendsten Weise. Besonderen Dank und Anerkennung sei zum Schluß noch allen Mitwirkenden bei der Theateraufführung und aber auch dem Arbeiterfängerband von 1874 ausgesprochen, der in ansehnlicher Stärke erschienen war und mehrere Chöre in bester Weise zu Gefolge brachte. — Am Nachmittag des Neujahrstages fand dann im Saale der Paulstraße die übliche Kinderbescherung seitens der Partei statt. Circa 120 Kinder wurden mit Epheuren und kleinen Gaben erfreut.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 5. Januar

Geschichtskalender

5. Januar. 1919 Beginn der Berliner „Sporttasche“. — 1922 Der Porzellanforcher Schalkton an Bord seines Schiffes „Quest“. — 1924 Internationale Jos. Erziehungskongress in Hannover.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Soz. Arbeiter. (Werbegruppe der sozialdem. Partei.) Morgen Dienstagabend 8 Uhr im Jagdzimmer des „Friedrichshof“ Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Gen. Reichstagsabgeordn. B. e. i. s. Die geistigen Strömungen in der Sozialdemokratie seit 1890. Vollständiges Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Bezirk Offenburg. Dienstagabend 8 Uhr in der „Eiche“ Bezirksführer- und Funktionärerversammlung.

Stadt und Filmkultur

Der amerikanische Film ist bekanntlich in deutschen Städten sehr verbreitet. Man schätzt in manchen Bezirken, besonders im Westen Deutschlands, bereits 90 % der laufenden Filme amerikanischen Ursprungs. Das ist begreiflich, wenn man bedenkt, welche wirtschaftliche Rolle die Kinematografie in Amerika spielt. Der Film behauptet heute in Amerika bereits die 7. Stelle in der Gütererzeugung. Im vergangenen Jahre (1923) betragen die Ausgaben, die 12 amerikanische Filmgesellschaften nur für lizenzierte Bauten hatten, 179 Millionen Dollar. Daher ist es zu verstehen, wenn sich die amerikanische Industrie die größte Mühe gibt, noch weiter die deutschen Städte zu erobern, und wenn sie a. B. in Berlin lohnverfügt, mit eigenen Theatern festen Boden zu lassen. Kürzlich ging die Nachricht von der Gründung einer europäischen Filminteressengemeinschaft durch die Presse, die dem amerikanischen Ansturm widerstehen soll. Es handelt sich hier natürlich um einen rein wirtschaftlichen Zusammenstoß, der für die Kultur des Films ohne Bedeutung ist. Und doch ringt in diesem ganzen wirtschaftlichen Kampfe um den Filmgewinn auch die Kultur um ihr Recht, und welche Entwicklung in kultureller Hinsicht der Film bereits genommen hat, zeigt die Tatsache, daß die Schulverwaltungen noch vor 15 Jahren vor dem Kino dringend warnten, während wir auf den Straßen die Schulen heute hin und wieder geschlossen vor den gleichen Kinoräumen warten sehen, vor denen damals gemarrt wurde. Diese Kultur des Films zu pflegen, haben auch die Städte Aufgabe und Möglichkeit.

Der amerikanische Film mag technischer Vollendung haben und mit seinen Tricks verblüffend sein; sein Wirken auf die Kulturseele ist zu äußerlich, zu gemacht und darum a. B. bei ethischem Inhalt zu sentimental. Kultur ist unaufrichtig, Volkstümlichkeit aber tief. Kultur muß im Volke aus dem innerlichen Wesen des Volkes geboren sein. Durch die Regelung der Lichtspiele in euer haben die Städte die Möglichkeit, diesem Kulturfilm den Weg zu bahnen, und fast alle Städte kennen auch bereits eine Bevorzugung des bildenden oder künstlerischen Films bei der Vortreibung. Die Berliner Kinobesitzer stehen seit langer Zeit im Kampfe mit der Stadt wegen der Höhe der Besteuerung. Um die Berliner Steuer mit der in anderen Städten verfahren zu können, hat Berlin eine Kundfrage bei anderen Städten veranlaßt. Das Ergebnis dieser Kundfrage gibt uns einen Überblick über die Behandlung des Kulturfilms. Danach war die Ermäßigung für bildende und künstlerische Filme am 8. November v. J. dem Stichtage, in Barmen noch nicht beantragt, und Braunschweig meldet: noch unbestimmt. Sonst kannten alle befragten Städte bereits die Ermäßigung. Wann beim ermäßigten Satz von 10 bis 20 Prozent, den niedrigsten Satz von 5 Prozent hatte Erfurt, den höchsten von 18-20 Prozent hatte Köln. Der Satz betrug in M. Gladbach, Hamburg, Halle, Bremen, Stuttgart, Dresden, Württemberg, Augsburg und Nürnberg 10 Prozent, in Magdeburg 9½-11½, in Berlin und Breslau 12, in Cassel 12½, in Lübeck 13, in Hannover 9-16, in München und Leipzig 15, in Chemnitz 15-23, in Karlsruhe 19 und in Frankfurt a. M. und Gießen 20 Prozent. Eine Verringerung der Höhe war nach den Berichten in absehbarer Zeit möglich in Köln, München, Hamburg, Stuttgart, Gießen (Erhöhung), Dresden und Chemnitz.

Der kulturelle Erfolg dieser Steuermaßnahme ist noch zu gering. Vielleicht ist der Satz noch zu hoch, in manchen Städten gewiß. Vielleicht aber hängt dieser noch zu geringe Erfolg ab von den Schwierigkeiten, die meistens mit der Prüfung des künstlerischen und kulturellen Wertes verbunden sind. Um nun den Städten diese ihre kulturelle Aufgabe dem Film gegenüber zu erleichtern, sind bei der Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin und bei der bayerischen Bildstelle in München jetzt sog. Kulturfilmprüfstellen eingerichtet worden. Auf den Antrag der Hersteller oder Verleiher werden die Filme hier daraufhin geprüft, ob bei ihnen der künstlerische oder bildende Wert überwiegt. Ist das der Fall, dann geben diese Stellen eine amtliche Besätigung über die Kulturwertigkeit des Films, die für das ganze Reichgebiet Geltung hat.

Es wäre erfreulich, wenn diese neue Einrichtung den Städten die kulturelle Betätigung erleichtern würde, die ihnen durch ihre Steuerpolitik gegeben ist. Der als Kibdelungen-Kassistent bekannt gewordene Fritz Lang sagte einmal, daß der künstlerisch hochwertige Film heute auch bereits das gute Geschäft sei. Das gilt nicht immer, und wenn man berücksichtigt, daß allein die 500 größeren Lichtspieltheater in Deutschland jede Woche einen neuen Film gebrauchen, dann ist es bezeichnend, daß wahrhafte Kulturfilme nicht die Regel sein können und daß in solchen Massenbetriebe der Kulturfilm gefördert werden muß, damit er ans Licht gelangt.

Schafft Winterarbeit

Im Jahrbuch „Der Malermeister“ finden wir einen Artikel vom hiesigen Malermeister und Stadtrat Karl Lacroix, dem wir seines Inhalts wegen weitere Beachtung wünschen. Er behandelt das Kapitel „Malerarbeiten im Winter“. Es heißt darin u. a.:

Der Winter ist für das Malergewerbe ein Verlaufsproblem, das natürlich nur gelöst wird, wenn Arbeiter und Arbeitgeber zusammenarbeiten. Da auf diesem Gebiet keine Gegen-

läge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen, so müssen wir unbedingt Erfolg haben. Amerika ist uns hier schon wieder voraus. Das Gute wissen wir aber dort nehmen, wo wir es bekommen können. In den amerikanischen Tageszeitungen findet sich folgende Annonce:

**Berlin** die Jahresarbeit im Malergewerbe

Jetzt ist die beste Zeit für Malerarbeiten im Innern der Wohnungen und Häuser — besser als im Frühjahr —. Zu viele Leute wollen im Frühjahr und Sommer die Malerarbeiten ausgeführt haben, und dann gibt es nicht genug Maler. Sie wissen, was dann eintritt. Sie stehen und warten vergebens auf schnelle Ausführung. Sie zahlen Spitzpreise, weil sie verstärkte Nachfrage besahnen müssen. Es ist das alte Lied von Angebot und Nachfrage.

Und vergessen Sie dieses eine nicht: Nicht einer von hundert Malermeistern kann seine Leute in der Zeit von höchster Beschäftigung zusammenhalten, er muß sie entlassen. Wenn das Geschäft wieder anhebt, ist er kaum imstande, sie alle wieder zusammenzubringen.

Hier ist der Punkt, wo der Kunde helfen kann, die schlechte Jahreszeit im Malergewerbe zu überwinden. Lassen Sie Ihre Malerarbeiten jetzt machen, noch diesen Winter. November, Dezember, Januar, Februar sind die besten Monate des Jahres für innere Malerarbeiten. Ich habe dann mehr Zeit, ich kann Sie schneller bedienen als im Frühjahr und ich kann Ihrem Auftrag die größte persönliche Aufmerksamkeit widmen.

Etwas anderes noch. Im Winter sind Ihre Räume geräucherter. Feins und Farbe trocknen immer besser in geräucherter Räume, dies verkürzt die Arbeit um viele Stunden und erspart Ihnen Geld und Unannehmlichkeiten. Uebrigens kostet jede Malerarbeit, die nicht ausgeführt wird, mehr, als wenn sie gleich ausgeführt wird.

Wenn Sie also bei Ihren Malerarbeiten Geld sparen wollen, so lassen Sie sie sofort ausführen. Sehen Sie Ihre Fußböden, Ihre Wände, Ihre Decken und Ihr Holzwerk an, und dann rufen Sie mich an. Ihr Malermeister.

Ueber diese Anzeige, die ganz unverständlich ohne Namensnennung von der Meisterorganisation der Maler eingeleitet wird, finden sich außerdem noch ein Aufzählung der Gewerkschaft der Maler zur Unterbreitung der Aktion.

Was hier Herr Malermeister Lacroix vorbringt, ist auch für manche andere Berufe im Baugewerbe zutreffend. Manche Arbeit könnte während der Winterzeit ausgeführt werden und viele Arbeitskräfte müßten nicht brach liegen, sodaß auch die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt werden könnte.

**Arbeiterwohlfahrt.** Am kommenden Dienstag beginnen wieder die Röhrende der Arbeiterwohlfahrt. Den Hausfrauen ist hier Gelegenheit geboten, in allen vorkommenden Näharbeiten unterrichtet zu werden. Den bedürftigen Frauen wird der Stoff zur Handarbeit gegeben. Wir richten an die besserstellenden Kreise die Bitte, ihre getragenen Mäntel, Kleidungsstücke und Kinderkleider, auch Schuhe, der Wohlfahrt für die bedürftige Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Auf Wunsch werden die Sachen abgeholt, oder können jenseits Dienstags und Freitags abends in der Peterstraße Nr. 10 abgegeben werden. Telefon d. L. 2000.

(.) Eine Reichs-Gedächtnisfeier veranfaßt auch in diesem Jahre die Badische Regierung. Die Feier findet am Sonntag, 18. Januar, mittags 12 1/2 Uhr, in der Städtischen Festhalle in Karlsruhe statt. Ueber die Art der Veranstaltung wird näheres noch bekannt gegeben.

Der Verband der Staatspolizeibeamten Badens, Ost- und Preussens zu einer Weihnachtsfeier in den großen Saal des „Kühnen Wegs“ eingeladen, welcher Einleitung sehr zahlreich geliebt wurde. Unter den Gästen befanden sich u. a. Minister Remmel, Oberregierungsrat Dr. Raab vom Innenministerium, Oberst Lankehorn, Oberst Seneca, Polizeidirektor Hrujer, Kommandant Schabbe, Kommando Steiger und eine Anzahl weiterer Beamte des Bezirksamtes und der Polizei. Die Mitglieder der Polizei waren, soweit sie dienstfrei hatten, in sehr großer Zahl mit ihren Angehörigen erschienen. Sie alle wurden von dem Vorsitzenden des Verbandes, Herrn Polizeikommissar Duhles, herzlich begrüßt; Herr Duhles betonte, daß auch der Polizeibeamte das Recht habe, nach seinem anstrengenden Dienst einmal einige Stunden der Geselligkeit und der gemüthlichen Unterhaltung sich hinzugeben. Auch wies Herr Duhles auf das gute Verhältnis, das in Karlsruhe zwischen der Bürgererschaft und der Polizei herrscht, hin. Der Abend brachte ein unterhaltendes Programm, das viele Abwechslung enthielt und von nur guten Kräften besetzt wurde. Die Vereinerung v. d. Polizeimusee zeigte unter Herrn Duhles Leitung wieder ihr von uns schon oft gerühmtes Können; was diese Kapelle bringt, ist gut vorbereitet und kommt deshalb mit peinlicher Sauberkeit zum Vortrage. Der Wägnerechor der Karlsruhe Polizeibeamten ist eine noch junge Gründung, aber Herr Fajfel, der Dirigent, hat schon gute Arbeit geleistet, der Chöre bestand in Ehren, was er lang, war mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit einstudiert. Die Herrn Fajfel am Abend zuteil gewordene Ehre war wohl verdient. Auch die Sportabteilung der Ortsgruppe leistete im Wettkampfwesen und Braumdenbau Beachtliches. Daß die Polizeibeamten trotz ihres anstrengenden und oft ermüdenden Dienstes dennoch Zeit finden, im Sport sich zu betheiligen, ist aller Achtung und Anerkennung wert. Die episch und gemüthlich ausgeführten Leistungen fanden bei weitem Beifall. Fräulein Aker hat eine schöne Stimme, die nur ein wenig weiterer Übung bedarf; wir glauben, daß sie sich mit den drei Kindern, die sie sang, eine gute schwere Aufgabe gestellt hatte. Frisch und flott zeigten zwei junge Rauschlerinnen vom Ballett des Landestheaters, Fräulein Scaes und Duhwald, daß sie in einer guten Schule ihre Kunst erlernen; die zwei vorgeführten Tänze waren ausgezeichnete Leistungen. — Eine Gedenkerlesung brachte viele und schöne Geschenke und Ueberrassungen. Mit einem Tanze, bei dem die Polizeimusee unermüdblich aufspielten, fand die bestens gelungene Feier ihren Abschluß.

(.) Silvesterkonzert. Einen würdigen Jahresabschluss beug der Volkschor Karlsruhe. West durch die Darbietung eines Silvesterkonzertes auf zwei Plätzen des Stadttheaters Karlsruhe. Ein Hornquartett der Reichsbannerkapelle gab durch den Vortrag einiger bestangelegter Musikstücke der Veranstaltung eine weisevolle Stimmung. Männerchöre, wie „Symphonie an die Nacht“, „Schutzgeist“, „Wanderer's Nachgeliebte“ und das Lohmannsche „Ich warie Dein“ langen hinaus in die gutaussehendere Nacht, und fanden ungeteilten Beifall der zahlreich erschienenen Bevölkerung. Möge das neue Jahr der Arbeiterbewegung neue begeisterte Anhänger zuführen, denn ihr gehört die Zukunft trotzdem und allem. epha.

(.) Generalversammlung des Vereins der Kleingartenpächter — Gruppe Durlacher Allee. Vor kurzem fand die diesjährige Generalversammlung des Vereins der Kleingartenpächter, Gruppe Durlacher Allee statt. Nach Bekanntgabe des Geschäfts- und Kasienberichts wurde satzungsgemäß zur Neuwahl des Gesamtvorstandes geschritten. Anstelle des bisherigen 1. Vorsitzenden Herrn Geitz wurde Herr Pol. Kom. Müller als 1. Vorsitzender, Herr Geitz, der sein bisheriges Amt aus

Gesundheitsrückfällen abgab, wurde zum 2. Vorsitzenden gewählt. Bei Behandlung der Budgetfrage wurde jeder fest gestellt, daß die Stadterhaltung der bisherigen Budgets nicht erhöht hat. Die weiter einleitende Aussprache ergab verschiedene Mängel und Wünsche; Mängel, die wiederholt gegen die Kleingartenordnung verstoßen, wird auf einstimmigen Wunsch der Generalversammlung der Kleingarten auf sofortiger Wirkung entzogen werden. Für die von der Stadterhaltung vorgesehenen Dauerarbeiten besteht rege Nachfrage, unsere Stadtbücher entsprechen einem lange gehegten Wunsch, wenn sich die Anlage der Dauerarbeiten bald verwirklichen läßt. Nach Abstimmung des Dankes an den bisherigen 1. Vorsitzenden Herrn Geitz für die im Interesse des Vereins geleistete Arbeit, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

(.) An der Technischen Hochschule hat sich Herr Regierungsrat Dr. Friedrich Meiß mit der Arbeit „Die ländlichen Siedlungen Badens nach ihrer Lage, Gestalt und ihrem wirtschaftlichen Charakter“ für das Fach „Geographie“ habilitiert.

(.) Stenographen-Verein Stolze-Schrey Karlsruhe. Wichtiger als je ist in unserer heutigen schnelllebigen Zeit die Kenntnis der Stenographie. Jedermann muß es beherrschen. Die beste Gelegenheit zur Erlernung der Kurschrift (Reichsgerichtschrift mit Stolze-Schrey) bietet der Stenographen-Verein Stolze-Schrey Karlsruhe, der am Freitag, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Schulhaus der Gartenstraße (Eingang Karlsruher) unter bewährter Leitung Kurse für Anfänger, Fortgeschrittene und Rebedirft eröffnet. Mäßiges Honorar. Anmeldung am Eröffnungsabend. (Siehe auch die Anzeige in der heutigen Nummer unserer Zeitung.)

**Veranstaltungen**

**Colosseum.** Heute abend 8 Uhr Variete-Vorstellung. **Viederabend Trude Henkel.** Heute Montag, 5. Januar 1925, abends 8 Uhr, findet im Eintrachtssaal der Wiederabend von Frau Trude Henkel statt. Es werden Lieber von Schubert, Schumann, Brahms, Hugo Wolf und Richard Strauß zum Vortrag gebracht. Karten in allen Preislagen bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, und ab 1/2 8 Uhr an der Abendkasse erhältlich.

Mit dem 3. 2. 1000 auf den Mars lautet die Parole am 10. Januar 1925, die der Verein für das diesjährige Strandfest ausgegeben hat. Das 3. 2. 1000 führt die Alemannen und ihre Gäste nach den Gefilden des Mars, wo die Marsbewohner die Gäste vom Nachbarplaneten „Erde“ herzlich willkommen werden. Nach den Zeremonien veranstalten die Marsbewohner für alle mit dem 3. 2. 1000 gekommenen Gäste ein großes Strandfest an einem der berühmten Marsstrände. Daß dort auch schon die modernen Einrichtungen eines weltstädtischen Festsaales bekannt sind, werden die Besucher des Strandfestes inne werden. Wer also das große Ereignis der „Juppelinsahrt auf den Mars“ mitmachen will, besuche das diesjährige Alemannen-Strandfest.

**Aus den Vororten**

**Häppert.** Nächsten Donnerstag, 8. Januar, abends pünktlich um 8 Uhr, findet im „Fähringer Wägen“ Parteiverammlung statt. Genosse Professor Wilhelm spricht über „Friedrich Hegel als Philosoph des Ausbeuteriums“. Außerdem soll noch über Vererberechtsverhältnisse nach neuem Borort gesprochen werden. Um zahlreiches und pünktliches Besuch wird gebeten.

**Karlsruher Polizeibericht vom 3. Januar**

**Familien drama.** Der verheiratete 30 Jahre alte Goldschmied Hermann K. d., Friedstraße 7 in Leuzscheneur, bekam am Sonntag nachmittags 1 Uhr Besuch mit seiner Frau, in dessen Verlauf die Frau nach dem Hofe flüchtete. Dort drängte er die Frau in den offenen Abort und bedrohte sie mit einem Revolver. Auf ihre Hilferufe eilten ihre im gleichen Hause wohnenden Eltern sowie ihr Bruder herbei. Sie bat diese, ihrem Mann die Revolver abzunehmen, worauf sich alsbald 3 Schüsse abgab. Durch eine Kugel verletzete er seine Schwiegermutter am Unterleib so schwer, daß sie kurz darauf starb, die zweite Kugel traf den Schwiegersohn in den Mund und verletzte auch ihn ebenfalls schwer. Die dritte Kugel traf den Schwager in die linke Schulter. Trotz seiner Verletzung konnte letzterer dem Kopf Revolver noch abnehmen, worauf dieser die Flucht ergriff. Auf der Flucht verletzte er sich Schmitz am linken Unterarm bei und verletzte sich die Fußknochen. In der Nähe des Schwiegersohnes war er infolge Blutverlustes bewußtlos zusammengebrochen, wurde er von Passanten angehalten. Sämtliche Verletzte wurden nach dem städtischen Krankenhaus verbracht.

**Todesfall in der Eisenbahn.** In vergangener Nacht zwischen 11 30 und 11 50 Uhr fielen während der Fahrt im Elzhang Bruchsal-Karlsruhe das 7 Monate alte Kind eines Bauers aus Friedrichs-Bausbahn. Das Kind wurde nach dem Verleihen des höchsten Hauptbahnhofs und von da in das Herzogzimmer des Hauptbahnhofs verbracht.

**Selbstmordversuch.** Ein 25 Jahre alter lediger Kaufmann von hier, der wegen Ermordung in Untersuchungshaft befindet, versuchte sich am vergangenen Samstag nachmittags 2 Uhr im Schöffengerichtssaal hier mit einer Revolverpatrone die Pulsader an der linken Hand zu öffnen. Es gelang ihm aber nicht, er konnte sich nur eine fast blutende Wunde beibringen. Die Verwundung wurde verarztet und der Verletzte wieder in Untersuchungshaft abgeführt.

**Anfall.** Vorgangenen Samstag nachmittags fiel ein 36 Jahre alter Kaufmann von hier in der Herdstraße, infolge eines Schwindelanfalls von seinem Fahrrad und blieb bewußtlos liegen. Er wurde nach der Polizeiwache in Mühlburg verbracht und dort da mittelst Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus überführt. Dort wurden Querschnungen an der Brust festgestellt, Lebensgefahr besteht nicht.

**Vorkläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte**

für Dienstag, 6. Jan.: Meist trüb, zeitweise Regen, südwestliche Winde.

**Wasserstand des Rheins**

Schutterinsel 28, gef. 2; Rehl 144, gef. 2; Waxau 312, gef. 2; Mannheim 197 Zentimeter.

**Letzte Nachrichten**

**Die Lage in Italien bedenklich**

**Mussolini verteidigt den Faschismus**  
Rom, 3. Jan. Die heutige Rede Mussolinis in der Kammer wird in politischen Kreisen in rednerischer Hinsicht für eine der besten des Ministerspräsidenten gehalten. Zuerst vertheidigte sich Mussolini gegenüber denselben Anschuldigungen, als habe er die Gewalttätigkeiten gegen Ambrasio, Milani und Formi angeordnet und ging alsdann zum Angriff gegen die Opposition über, der er vorwar, die Hand zum Frieden ausgestreckt zu haben. Er machte die Opposition für die Unruhe im Lande

verantwortlich, der bisher schon eine Reihe Faschisten zum Dofen gefallen seien. Der Hinweis auf „falsche Freunde“, die er in der letzten Zeit durchgehau habe, werde in Kammerkreisen auf Salandra abgedeutet. Besonderen Eindruck machte es, als Mussolini mit Energie betonte, daß er Wege zur Verfügung habe, um der Opposition ein Ende zu machen und daß innerhalb 48 Stunden die Lage, sei es in Gutes oder sei es mit Gewalt, geklärt werden würde. Die Giolittianer, Orlandianer und Kriegsteilnehmer brachten eine Tagesordnung ein, welche die Gewalttätigkeiten gegen die Presse und die Ungehelichkeiten im Lande tabelt; aber sie konnte nicht erörtert werden, weil Mussolini ihre Vertagung auf sechs Monate beantragte, was eine Mehrheit sofort annahm. Alsdann wurde die Vertagung der Kammer auf unbestimmte Zeit von derselben Mehrheit angenommen und die Sitzung aufgehoben, sodaß die Opposition nicht einmal zu Wort kommen konnte. Nur der italienische Fürst Rana di Traviglia durfte als erster Unterzeichner der Tagesordnung der Opposition ganz kurz sein Bedauern darüber aussprechen, daß sie besetzt geschloßen worden sei. Daraufhin zog die Opposition ihre Tagesordnung wieder zurück.

Rom, 3. Jan. (Stefani.) Sofort nach Schluß der Kammer versammelten sich bei Mussolini der Minister des Innern, der Verkehrsminister, der Generalkommandant der Carabinieri und der Chef der Sicherheitspolizei. Es wurden Maßnahmen gegen etwaige Versuche zur Eröffnung der öffentlichen Ordnung beschlossen. In der gestrigen Rede wurde außerdem beschlossen, die faschistische Gasse in Rom mobil zu machen und die Fahnenstreifen und Fahnenkationen bewachen zu lassen. Alle politischen anrichtigen Salale sollen geschlossen werden. Die Faschisten sollen Vollmacht erhalten, die Nationalmiliz zu mobilisieren.

Rom, 5. Jan. Nach der gestrigen Kammer Sitzung versammelten sich dem Wakt „Nuovo Paese“ zufolge die Rechtsliberalen, um über die Lage zu beraten. Salandra mit 9 Kollegen erklärte sich gegen die Regierung, während 6 Abgeordnete eine andere Auffassung vertreten hielten. Es sei beschlossen worden, den rechtsliberalen Abgeordneten völlig freie Hand in der Kammer zu lassen.

**Neue faschistische Gewalttaten**

Rom, 3. Jan. In Viterbo drangen Faschisten nach einer Versammlung in die Redaktion des „Messaggero Toscano“, Organ der katholischen Volkspartei ein und zerstörten die Redaktions- und die Maschinenräume. — Das Direktorium der nationalen faschistischen Partei gibt in einer Erklärung den entschiedenen Willen des Faschismus von ganz Italien kund, die italienische Nation von der politischen und parlamentarischen Zweideutigkeit zu befreien und unter allen Umständen zu verhindern, daß die Opposition den Sieg davontragen könnte. Zum Schluß ermahnt das Direktorium die Regierung, sich unnachgiebig zu zeigen.

**Die Darmataffäre**

Berlin, 5. Jan. (Eigener Funddienst.) Die Verhaftungen der Staatsanwaltschaft in der Darmataffäre sind inzwischen zu einem großen Teil wieder rückgängig gemacht worden. Die Deutsche Volkspartei hat über den Fall der preussischen Staatsbank eine Anfrage an die preussische Regierung gerichtet, in der es u. a. heißt: „1. Ist die Staatsregierung bereit, über den Tatbestand, der von der Öffentlichkeit beanstandeten Geschäftsverbindungen Aufklärung zu geben? 2. Ist die Staatsregierung bereit, über die Behauptung, daß diese disziplinarisch und strafrechtlich zu ahnenden Verfehlungen von Beamten und Angestellten des Instituts begangen worden sind, Aufklärung zu geben?“

**Seltige Winterstürme**

Hamburg, 3. Jan. In Nordwestdeutschland wütheten die ganze Nacht heftige Stürme, die gegen 2 Uhr nachts die größte Stärke erreichten. Zu dieser Zeit gingen Winde in Geschwindigkeit von 28 Sekundenmeter über Hamburg hinweg. Nach Mitteilung der Deutschen Seewarte ist eine nennenswerte Veränderung des Wetter noch nicht zu erwarten, da eine wesentliche Abänderung des Tages nicht, das bereits die trübste Hälfte erreichte. Gegen 4. Sam. Der Sturm, der seit Neujahr hier tobt, hält mit unerbittlicher Heftigkeit an und steigert sich nach und nach zu großer Stärke. Der Regen setzt nur vorübergehend aus und die Temperatur ist dauernd außerordentlich milde; sie betrug heute 10 Grad Wärme. Durch den Sturm wurden mehrfach bedeutende Schäden verursacht, auch die Flüsse ununterbrochen im Steigen. Rufe und Wupper führen Hochwasser. Sie überschwemmen bereits weite Strecken.

London, 3. Jan. Den Wittern zufolge wurde in ganz England durch den anhaltenden Sturm und die riesigen Regengüsse ungeheurer Schaden angerichtet. Weite Strecken des Landes stehen unter Wasser. Zahlreiche Familien sind in ihren Häusern durch die Fluten abgeschnitten. Fünf Personen sind ums Leben gekommen. In verschiedenen Stellen mußte der Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr eingestellt werden. In Süd-Wales sind Tausende von Bergarbeitern erwerbslos geworden.

Moskau, 5. Jan. Gestern abend trat die Neuaus ihren Ufern. Ein andauernder Südweststurm legte ungeheure Wassermengen der Neua, die bereits 7 1/2 Meter über den normalen Stand getrieben war, in einige Stadielle von Petersburg. Die verbotenen Waren wurden aus dem Hafen und aus den Häfen fortgeschafft.

Vom Schwarzwald, 3. Jan. Seit gestern früh tobt im hohen Schwarzwald ein heftiger Schneesturm, der in den Nachmittagsstunden in verstärkter Weise auftrat. Hierdurch wurde in den Hochlagen verschiedentlich großer Schaden angerichtet. Der nur in geringen Mengen vorhandene Neuschnee kam infolge der wachsenden Luftmassen in den Lagen unter 1000 Meter rasch zum Schmelzen.

**Antimonarchische Stimmung in Aegypten**

London, 3. Jan. (Eig. Draht.) Die bevorstehenden Wahlen in Aegypten haben erhebliche Teile der Partei Zaghali Pascha sehr radikalisiert. Die Mehrheit ist wegen der nachgelassenen Haltung der Krone im britisch-ägyptischen Konflikt antimonarchistisch gestimmt. Die Partei hofft bestimmt, durch die Wahlen im Februar mit einer riesigen Mehrheit ins Parlament zurückzukehren. In diesem Falle ist damit zu rechnen, daß das Parlament verurteilt, den König Fuat abzusetzen. In den Kreisen der britischen Regierung nimmt man an, daß der König gegen solche Pläne aktiv Widerstand leisten wird. Im Falle irgendwelcher Kämpfe würde die britische Regierung nicht passiver Zuschauer bleiben.

**Vereinsanzeiger**

Bei 5 u. mehr Jellen 20 Wk. die Zeile (Bergungslagen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Besten des Vereins verwendet.)  
Karlsruhe  
Saftalla. Morgen abend 8 Uhr Singstunde. Vollständigster Ergeben unbeding erforderlich. 541



### Kleine Nachrichten

**Köln.** Der Hausmord in dem Krefeld-Köln-Eisenbahngang, dem am 23. 12. v. J. der Major Kroener zum Opfer fiel, ist jetzt aufgeklärt. Der Mörder ist der in Worringen geborene 34-jährige Kaufmann Anton Bensch, der auf der Landstraße bei Worringen von Beamten der Nordkommission ergriffen wurde. Er ist geflüchtet.

**Köln.** Zur Errettung von Eisenbahnzügen fanden auf dem Bahnhof Köln-Rail größere Polizeikräfte unter Mitwirkung britischer Militärpolizei statt. Bei der Vornahme von Hausdurchsuchungen wurden gestohlene Gegenstände und Patronen gefunden. Mehrere Personen wurden verhaftet. Eine Person wurde zu entlassen und wurde, da sie auf Anruf nicht stehen blieb, durch einen Schuß in den Oberhinterkopf verletzt.

**Berlin.** Der wegen Unterdrückung von 250 000 Mark gefugte Oberpostsekretär Berthold Fischer wurde in der Nähe der Wohnung seiner Verwandten in Dahlem gefangen und von Kriminalbeamten verfolgt. Als er keinen Ausweg mehr sah, stellte er sich selbst. Wie weiter festgestellt wurde, sind Oberpostsekretär Schmidt, Orgeler und Barthelemy an der Unterdrückung beteiligt. Sie wurden gleichfalls verhaftet.

**Wien.** Die in Wien verhaftete deutsche Reichstagsabgeordnete Ruth Fischer wurde vom Bezirksgericht zu 120 000 Kronen Geldstrafe verurteilt und dauernd aus Oesterreich ausgewiesen.

**Lorien.** Der Dampfer „Dahom“ ist an der britischen Küste gescheitert. Ein Schlepper ging zur Hilfeleistung ab. Im Bord befanden sich 70 Mann Besatzung, über deren Schicksal man noch im Ungewissen ist.

**Washington.** Die „Chicago Tribune“ meldet, die Luftstreitkräfte der Vereinigten Staaten besäßen bereits Bombenflugzeuge von kleinen Ausmaßen, die ohne Pilot auf drahtlosem Wege gesteuert würden. Im Notfall könnten ganze Serien solcher Flugzeuge ohne weitere Experimente hergestellt werden, da sie bereits ihre Brauchbarkeit erwiesen hätten.

### Briefkasten der Redaktion

**G. Reil.** 1. Ueber die Gratifikationen bei der Reichsbahn werden wir demnächst einige Mitteilungen bringen. — 2. Die Verwirklichung Ihres Gebankens wäre ja recht schön, aber ob sich die Arbeitgeber und ihre bürgerlichen Interessenvertreter im Reichstag darauf einlassen werden, ist eine andere Frage. — Bei diesem Reichstag wird ein beratendes Geseß über nicht durchgehenden. — 3. Wenn das Wohnungsamt Sie trotz Ihrer Dringlichkeits-Vormerkung seit 1921 hinausschiebt und Ihnen keine Wohnung zuweist, dann verjagen Sie es einmal mit einer Beschwerde an das Ministerium des Innern.

**S. Gagenau.** Es handelt sich um allgemeine öffentliche Mitteilungen. So werden die beiden Worte „unseres Stadtens“ mit „u. G.“ und „unseres Wissens“ mit „u. B.“ abgeklärt.

**Stadtschulbuchzüge der Stadt Karlsruhe**  
Sterbefälle: Anna Eder, alt 66 Jahre, Ehefrau von Eberhard Eder, Pfistermeister.

### Ablieferung der Steuermarkenblätter für 1924.

Nach § 55 der Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn ist jeder Arbeitnehmer, für den im Kalenderjahr 1924 Steuermarken verwendet worden sind, verpflichtet, im Monat Januar 1925 seine Steuerkarte und die Einlagebogen mit den eingelebten und zuwertenden Marken an das Finanzamt einzuliefern, in dessen Bezirk er am 10. Oktober 1924 seinen Wohnsitz gehabt hat. An Stelle des Arbeitnehmers kann der Arbeitgeber die Einlieferung besorgen.

Beim Finanzamt Karlsruhe-Stadt (Kreuzstraße 11a) sind die Markenblätter, soweit sie nicht durch die Post eingeendet werden, im Zimmer Nr. 55, beim Finanzamt Karlsruhe-Land (Hauptstraße 3a) im Zimmer Nr. 49 abzuliefern, in Gemeinden, in denen sich Steuereintnehmer befinden, kann die Ablieferung auch bei diesen erfolgen.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Auforderung zur Ablieferung der Steuermarkenblätter in den Arbeits- und Geschäftsräumen durch Anschlag bekannt zu geben. Dies gilt auch für diejenigen Arbeitgeber, die den Steuerabzug vom Arbeitslohn im Ueberweisungsverfahren durchführen, da sich unter ihren Arbeitnehmern solche befinden können, für die im Laufe des Jahres bei einem andern Arbeitgeber Marken gefordert worden sind. In den Einlagebogen sind die Einkommensbezüge wie die einbehaltenen Steuerbeträge aufzuführen. Es empfiehlt sich auch, die Steuerarten der nicht steuerpflichtigen Personen mit einem entsprechenden Vermerk abzuliefern.

Die Ablieferung der Steuermarkenblätter kann durch Zwangsstrafen bis zur Höhe von 5000 M im einzelnen Falle erzwungen werden, aber es kann die Befreiung der Einlieferungsfrist mit einer Ordnungsgeldstrafe gehandelt werden. 214

Karlsruhe, den 2. Januar 1925.  
Die Finanzämter Stadt und Land.

**Städtische Festhalle**

**I. Großer Maskenball**

am Sonntag, den 11. Januar 1925

veranstaltet von der „Freien Turnerschaft Karlsruhe“

Saaleröffnung 7 Uhr Saaleröffnung 7 Uhr

Ballorchester: Karlsruher Musikverein

Von 10 Uhr an Schrammelmusik im Bierstunnel

Eintrittspreise einischl. Steuer und Tanz im Vorverkauf Mk. 2.50, an der Abendkasse Mk. 3.—

Karten sind im Vorverkauf zu haben: Zigarrenhaus Fritz Töpfer, Ecke Kriegs- und Ruppurrerstraße und Filiale Kaiserstraße 133, Ecke Kreuzstraße Volksbuchhandlung, Adlerstr. 43, Gasthaus zur Gambinnschule, Erbprinzenstraße 30, Drei Linden, Mühlburg, Georg Friedleb, Ecke Gerwig- und Georg Friedlehsstraße, sowie im Büro des Deutschen Verkehrsbundes, Kronenstraße 3

Mitgliedskarten werden Donnerstag u. Freitag abend im Lokal von 8—10 Uhr ausgegeben.

**Alemannen-Strandfest auf dem Mars.**

10. Januar 1925, abends 7 Uhr, in sämtlichen Räumen der Festhalle.

5 Orchester / Zeppelinkajüte / Fischerstube / Marsdiele (mit hervorrag. Kabarett) / Spielsaal (Rößelspiel / Strandkaffee)

Anzug f. die aktiven Ruderer: Blauer Anzug, blaue Klubmütze u. Klubabzeichen.

Im übrigen: Blauer Sportanzug, Sommer-, Strand- oder Gesellschaftsanzug.

**Eintrittspreise:**  
Mitglieder: 3 R.-M. einschließlich aller Gebühren.  
Nichtmitglieder: 4 R.-M. zuzüglich 1.40 R.-M. für Steuer und Einlagegebühr.

An der Abendkasse: 7 R.-M. zuzüglich der Gebühren. Studierende erhalten Ermäßigung.

Tischbestellungen für Marsdiele (Kleiner Saal) und Zeppelinkajüte (Podium) bei Stadtgarten-Einnehmer Brunner (Stadtgarten-Eingang).

**Vorverkauf:**  
Mitglieder: Nur bei Gerber und Schawinsky, Kaiserstraße 221 (gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte).  
Nichtmitglieder: Gerber und Schawinsky, Kaiserstraße 221, Juweller W. Meier, Kaiserstraße 117, Musikalienhaus Müller, Kaiserstraße, Zigarrenhaus Dold, Mühlburg, Rheinstraße 73, Zigarrenhaus Holz, Karlstraße 54, Zigarrenhaus Fisch, Ecke Amalien- und Karlstraße, Papierhandlung J. F. Eisele, Werderplatz 41, Sporthaus Hagemann, Durlach, Hauptstraße 30.  
Studierende: Nur bei Juweller W. Meier, Kaiserstraße 117 (gegen Vorzeigen des Ausweises) 537

Ich habe meine Sprechstunden wieder regelmäßig aufgenommen und bin zu sämtl. Krankenkassen zugelassen.

**Rich. Ziegler**  
staatl. gepr. Dentist 538  
26 Akademiestrasse 26  
gegenüber der Passage  
— Sprechstunden von 9—7 Uhr —  
Telephon 321

**Stenographie - Kurse!**

Die unterzeichneten Vereine eröffnen am **Freitag, den 9. Januar, abends 8 Uhr** im Schulhause der Gartenstraße (Eingang von der Karlstraße) folgende Unterrichtskurse:

A. Anfänger-Kurse in Reichskurzschrift und Stolze Schrey  
B. Fortbildungs-Kurs (System-Wiederholung) nach Stolze Schrey  
C. Redeschrift Kurs nach Stolze Schrey.

Bewährte Unterrichtsleiter! Honorar mäßig, Anmeldung am Eröffnungsabend. 534

Stenographenverein Stolze Schrey Karlsruhe.  
Damen-Stenographenverein Stolze Schrey Karlsruhe

**COLOSSEUM**  
täglich 8 Uhr abends 514  
**Variété - Vorstellung.**

**Bucherer**  
empfiehlt  
**Fettlaugenmehl**  
Pfund 15 Pfg.  
**Schmierseife**  
Pfund 35 Pfg.  
**Kernseife**  
200 Gramm-Stück 18 Pfg.  
ferner in 1 Literdosen  
**Bismarckberinge**  
**Rollmöpfe**  
**Geléeberinge**  
die Literdose Mk. 1.20  
**Bismarckberinge**  
4 Literdose Mk. 3.50

**Bucherer**  
in sämtl. Filialen.

**Badisches Landestheater.**  
Montag, den 5. Jan. 7 bis 9. 10 Uhr. (4.50).  
Th. Gem. 6.01—6.00, Volksbühne 4.

**Das Käthen von Heilbronn.**

Die „Vasallia“ beschäftigt in nächster Zeit eine **Tanzstunde** abzuhalten. Einzelanmeldungen hier zu werden in der Kaffee- und Bierstube, sowie beim Kassier Vogel, Karl-Friedrichstraße 28, Zimmer 29, entgegenzunehmen. Gäste willkommen. In zahlreicher Beteiligung ladet ein Die Verwaltung.

**Geschäfts-Empfehlung.**  
Habe unter heutigem Tage in der Amalienstraße 33 ein **Blechnerei- u. Installationsgeschäft** eröffnet und empfehle mich dem besten Publikum zur Uebernahme sämtlicher Reparaturarbeiten sowie Reparaturen in sachmännlicher Ausführung.  
Wohnung: **Joseph Rieger,** Blechnereimeister und Installateur.

**Munzsches Konservatorium**  
Waldstraße 79 536  
Wiederbeginn des Unterrichts  
Mittwoch, den 7. Januar.

Freitag Samstag Montag Dienstag  
**4 billige Mantel-Tage**  
**Daniels Konfektionshaus** Wilhelmstraße 36  
Keine Ladenspesen. Keine Personalspesen.

**Erarbeiten.**  
Die Erarbeiten am Bau von Straßen in Durlach mit rund 1900000 m und von Straßen im Wehrdargebiet mit rund 2500 000 m Erdbewegung sind öffentlich zu vergeben. 216  
Angebote sind bis höchstens 12. Januar 1925 vorm. 10 Uhr beim Tiefbauamt, Rathaus, Zimmer 99, einzureichen. Wo auch Angebotsformulare erhoben und die Bedingungen eingesehen werden können. 216  
Karlsruhe, 29. Dez. 1924  
Städt. Tiefbauamt.

**Ausstopfen**  
von Möbeln und Sägefluren, Verarbeitung von Fellen u. Leppichen usw.  
**Max Hummelöhne**  
Durlacher Allee 29b.

**Offene Stellen:**  
Kupfer- und Modellmacher (je für auswärtig), Baulehner, Buchbinder (mit Handvermögen), selbst. Bau- und Möbelrechner, ja. Großschneidener, Autoladener, Hotelkassierer, Küchenmädchen, perf. Friseur, tücht. Metzgermädchen (nur m. Zeugn.), Stenotypist m. Sprachkenntnissen.

**Offene Lehrstellen:**  
Gärtner, Bäcker und Metzger, Friseur, Kellner (jeweils m. Kost u. Wohnung), Schulmeister, Blechler und Metallarbeiter, Tapezierer, Zahntechniker, Maurer, Maler, Kaufmann (mit besserer Schulbildung), Glaser (mit und ohne Kost und Wohnung).

**Gesucht werden:**  
Lehrstellen für Näherinnen. 215  
**Arbeitsamt Baden-Baden.**

**Handelschule Karlsruhe.**  
Am 8. Januar beginnen nachstehende **Fachkurse:**  
1. Fremdsprachen (Französisch, Englisch, Spanisch, Abteilung für Anfänger und Fortgeschrittene). 2. Kaufm. Rechnen. 3. Buchhaltung (Abteilungen für Anfänger und Fortgeschrittene). 4. Handelsbetriebslehre und Briefwechsel. 5. Schreiben und Rechtschreiben. 6. Rechtschreib- u. Schreibübungen für Anfänger. 7. Buchführung für Anfänger und Fortgeschrittene und Rechtschreib- u. Schreibübungen für Anfänger. Kursdauer: 8. Januar bis 8. April 1925. Für jedes Fach sind bei vier Wochenstunden 50 Unterrichtsstunden vorgesehen. 7. eintreten werden bis 8. Januar in unserer Kasse, Birkel 22, entgegengenommen.  
Die Direktion.

**Volks-Buchhandlung**  
der Sozialdem. Partei befindet sich  
**Karlsruhe, Adlerstrasse 43.**  
Telephon 3701.

**Offenburger Anzeigen**  
**Arbeitsamt Offenburg.**  
Die Erwerbslosenförderungsstelle für den Amtsbezirk Offenburg-Sand wird mit Wirkung vom 4. Januar ab in die Räume bei hantel Erdbergstrasse 32 in Offenburg verlegt. Die Erwerbslosenförderungsstelle Gegenbach wird mit dem gleichen Zeitpunkt aufgehoben.  
Offenburg, den 3. Januar 1925.  
Der Vorsitzende.